

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung

haben laut Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 19 des Organs für das ganze Verbandsgebiet an einem Tage, nämlich Sonntag, den 28. Juni zu erfolgen. Diese Anordnung ist mit Rücksicht auf eine einheitlichere Durchführung der Wahl getroffen worden.

Wo in einzelnen Ortsgruppen die Wahlzeit (bestimmte Stunden oder eine zu dem Zweck tagende Versammlung) noch nicht festgelegt ist, hat dieses unverzüglich zu geschehen. Die Wahlen haben unbedingt an dem festgesetzten Tage in allen Ortsgruppen stattzufinden. Nur die durch Sonntagsarbeit infolge abwechselnder Tag- und Nachtschicht verhinderten Mitglieder können an einem andern — von der Ortsleitung zu bestimmenden — Tage ihr Wahlrecht ausüben. Im übrigen sei nochmals auf das Wahlreglement in der Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 19 des Verbandsorgans hingewiesen.

Von allen Ortsgruppenleitungen und Wahlvorständen muß die strikte Einhaltung und gewissenhafte Ausführung der Wahlvorschriften verlangt werden, wie es andererseits auch Ehrenpflicht sämtlicher Verbandsmitglieder ist, ihr Wahlrecht vollständig auszuüben.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907

Das verflossene Jahr brachte den Wendepunkt in die Prosperitätsperiode, die in den Jahren 1903/04 einsetzte und 1906 ihren Hochstand erreichte. Schon Ende 1906 ließen ungeführte Handelsnachrichten einen baldigen Konjunkturmenschlag befürchten. Dergleichen Nachrichten wurden indes sowohl von Sachkundigen wie auch von Interessenten als mit den Tatsachen nicht übereinstimmend bezeichnet. Und die erste Hälfte des Jahres 1907 schien den Optimisten Recht geben zu wollen. Der im Dezember 1906 von der Reichsbank mit 6 % festgesetzte Wechselzinsfuß fiel im Mai 1907 auf 4 1/2 %; er stieg aber kurze Zeit nachher wieder und erreichte im November des gleichen Jahres die bisher ungekannte Höhe von 7 1/2 %. Diese Geldteuerung mußte naturgemäß auf die Unternehmungslust einen lähmenden Einfluß ausüben. Nach den Anschauungen von Wirtschaftspolitikern mußte die Reichsbank den Wert des Geldes in solcher Höhe bemessen, weil ein anomaler Goldabfluß nach Amerika zu befürchten stand. Einige Wachtthaber Amerikas hatten nämlich mit unsoliden Mitteln die wirtschaftlichen Kräfte jenseits des Ozeans überspannt und damit das dortige Wirtschaftsleben außerordentlich stark erschüttert. Da Deutschland mit Amerika in regem Handelsverkehr steht und das Bestreben der amerikanischen Lieferanten dahin ging, für ihre nach Deutschland gelieferten Waren nur mehr Gold in Zahlung zu nehmen, anstatt wie in der Regel üblich das Bezahlen mittels Schecks abzuwickeln, erschien das Verhalten der Reichsbank angebracht. Die bezeichneten Vorgänge in Amerika und die von ihr verschuldeten Rückwirkungen auf Deutschland trugen neben anderen Gründen mit dazu bei, daß die deutsche Wirtschaftsepoche sich plötzlich wendete, als dieses einige Monate vorher anzunehmen war. Anstelle frischer Initiative entstand Unentschlossenheit, Unsicherheit; beide Erscheinungen wirkten für die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der Arbeiter gleichmäßig ungünstig. Und dennoch: die deutsche Gewerkschaftsbewegung marschierte auch im Jahre 1907. Ihre Weiterentwicklung vollzog sich zwar

langsamer als in den vorausgegangenen Jahren der Hochkonjunktur, aber sowohl die christlichen wie sozialdemokratischen Gewerkschaften können in 1907 noch auf beachtenswerte Fortschritte zurückblicken. Vor Jahren sagten wir einmal, daß bei dem Umschlag der Konjunktur die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands eine schwere Belastungsprobe zu bestehen hätten: sie hätten den Nachweis zu führen, daß die während der aufsteigenden Konjunktur für die Arbeiter erzielten Errungenschaften die es nicht wieder entrisen würden. Als 1902, während der letzten Krise, es den Buchdruckern gelang, bei der Tarifverneuerung 7 1/2 % Lohnerhöhung durchzusetzen, bewunderte man fast allenthalben diese Errungenschaft. In der Zwischenzeit haben die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Schneider etc. ihre Organisationen ausgebaut, und vor wenigen Wochen konnte man beobachten, wie auch in diesen Berufen Tarife für mehr als 200 000 beteiligte Arbeiter abgeschlossen wurden, die diesen teilweise erhebliche Zugeständnisse gebracht haben. In den beteiligten Arbeitgeberkreise wurde offen ausgesprochen, daß Lohnherabsetzungen bei schlep-pendem Geschäftsgang auch nicht im Interesse der Arbeitgeber lägen. Eine Verminderung der Löhne habe auch stets eine Herabsetzung der Preise zur Folge gehabt, die zu erhöhen bei jeder aufsteigender Konjunktur immer schwer gehalten habe. Freilich, in Kreisen der Großindustrie hat man sich zu solcher Auffassung noch nicht durchgerungen. Hier sind die Arbeiterorganisationen noch zu schwach, als daß sie selbst in der Prosperitätsperiode sich den erforderlichen Einfluß zu verschaffen vermocht hätten. Dennoch hat der Gedanke, daß es klüger sei, sich in Unvermeidliches zu fügen, und mit den Arbeitern sich zu verständigen, anstatt unausgesetzt einen Kampf gewärtigen zu müssen, auch in den Kreisen der Großindustrie in den letzten Jahren sehr an Boden gewonnen. In der Großindustrie warten der Gewerkschaftsbewegung noch gewaltige Aufgaben. Hier wird dahin gewirkt werden müssen, daß vermittelst tariflicher Vereinbarungen den starken Lohnschwankungen zwischen Hochkonjunktur und Krise möglichst vorgebeugt wird. Starke, kapitalkräftige Organisationen wird es auf die Dauer ohne Zweifel durch eine solche Gewerkschaftspolitik gelingen, die großen industriellen Unternehmungen zu einer etwas veränderten Geschäftsgebarung zu drängen; sie werden in Zeiten der Prosperitätsperiode das unbegrenzte Ausschütten von Dividenden einschränken müssen und größere Reserven für ruhigere Zeiten bereitzustellen haben. So wird eine erstarkte Gewerkschaftsbewegung, wenn auch indirekt, regulierend auf den Produktionsprozeß einwirken können.

Im vorjährigen Bericht besprachen wir den Versuch der gelben Gewerkschaften zu einem mächtigen Vorstoß. Dieser kann zwar heute noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, aber die Hinter-männer der Gelben erlitten während dieser Zeit schon manche Enttäuschungen. Ein Organ dieser Richtung, die „Freie deutsche Presse, Tageszeitung zur Förderung berechtigter Arbeiterbestrebungen in nationalem Rahmen, Zentralblatt für die vaterländischen Gewerkschaften und Arbeitervereine“, mußte vor einigen Monaten aufhören zu erscheinen. An der Saar haben Mitglieder der Hüttenvereine, ohne die Kündigung einzureichen bezw. abzuwarten, wegen Lohnabzüge die Arbeit eingestellt. Aus Anlaß von Differenzen in einer Münchener Waggonfabrik wollte der Verband der Metallindustriellen eine allgemeine bayerische Metallarbeiter-Aussperrung herbeiführen. Dabei stießen die Unternehmer auf die Schwierigkeit, daß die Arbeiter in München und Nürnberg im Gegensatz zu Augsburg meist gewerkschaftlichen Organisationen angehörten, wodurch unter den Unternehmern selbst ein Interessengegensatz geschaffen wurde. Die Münchener und Nürnberger Metallindustriellen sollen nämlich wenig Lust gezeigt haben, auch noch zur Unterstützung der Arbeiter der Augsburger gelben Werkvereine mit beizutragen. Dieser Umstand soll bei der zustande gekommenen Einigung wesent-

lich mitgewirkt haben. Bei der im Dezember vorigen Jahres in Berlin stattgefundenen Jahresversammlung der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ hatte man selbst an den „gelben Werkvereinen“ manches auszusetzen und setzte in deren Zukunft durchaus keine sehr großen Hoffnungen. Die gelben Gewerkschaften werden den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter in nächster Zeit wohl noch manche Schwierigkeiten machen; eine große Zukunft ist ihnen aber kaum beschieden. Die Zahl ihrer Verteidiger ist im letzten Jahre nicht gewachsen.

Das Hauptorgan der deutschen Unternehmerorganisationen hat früher zeitweise die christlichen Gewerkschaften als schlimmer hingestellt als die sozialdemokratischen. Im letzten Jahre war eine Veränderung dieser Taktik zu beobachten. Man glaubt nunmehr annehmen zu dürfen, daß bei den christlichen Gewerkschaftsführern allmählich das Verständnis wachse für die schwierige und teilweise sehr komplizierte Lage der deutschen Industrie. Zu die e: Auffassung hätte man schließlich auch schon früher gelangen können. Dadurch, daß die sozialdemokratischen Wirtschaftstheorien von den christlichen Gewerkschaften verworfen und für falsch gehalten werden, ergibt sich von selbst, daß ihre Stellung gegenüber dem Unternehmertum häufig eine andere sein wird, als die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Aber auch für die Bedürfnisse und die Lage der Industrie im allgemeinen haben die christlichen Arbeiter volles Verständnis. Die stetige Volksvermehrung und die damit glücklicherweise Hand in Hand gehende erhöhte gewerbliche Initiative zwingen die deutsche Industrie, in steigendem Maße im Ausland Absatz für ihre Erzeugnisse zu suchen. Es ist ganz natürlich, daß die Schwankungen des internationalen Marktes auch auf die heimischen Verhältnisse der Industrie zurückwirken. An der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt sind deshalb auch die Arbeiter aufs höchste interessiert. Aber die düsteren Prophezeiungen der Unternehmer, daß die gesteigerten Ansprüche der Arbeiter die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gefährden, sind bis jetzt nicht eingetroffen. Im Gegenteil: die letzten zwei Jahrzehnte haben trotz des Wachstums der gewerkschaftlichen Organisationen und der damit errungenen höheren Löhne und Arbeitsverlängerungen, trotz der Arbeiterversicherung und des Arbeiterlohnes, über deren Lasten so viel unberechtigter Weise geklagt wird, einen Aufschwung des gewerblichen Lebens in Deutschland gebracht wie nie zuvor. Vor zehn Jahren wurde gegen die Forderungen der Arbeiter nach größerer Anteilnahme an den Erfolgen der produktiven Arbeit mit gleichen Hinweisen angekämpft wie heute. Und trotzdem die Arbeiter sich manche Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung errungen, war während dieser Periode der Siegeslauf der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte nicht aufzuhalten. Selbst die deutsche Textilindustrie, die gegenwärtig am stärksten mit der internationalen Konkurrenz zu kämpfen hat, mußte im letzten Jahrzehnt ihren Arbeitern manche Zugeständnisse machen, ohne daß ihre Position auf dem Weltmarkte erschüttert werden konnte. Zudem im Baugewerbe, das am wenigsten internationalen Entwicklungen ausgesetzt ist, suchen sich die Unternehmer mit ähnlichen Argumenten als die Vertreter der Exportindustrie den Forderungen der Arbeiter zu entziehen. Die christlichen Gewerkschaften können sonach durch die bloße Darstellung der Unternehmer über die Schwierigkeit der industriellen Lage, von dem Bestreben, die Lage der Arbeiter erträglicher zu gestalten, nicht ablassen. Die sozialdemokratische Presse benutzte die betreffenden Auslassungen des Arbeitgeberorgans, um die christlichen Gewerkschaften zum so und so vielen Male als „gelbe Gewerkschaften“, „Unternehmerspielzeug“, die „braven Kinder“ zu verächtlichen. Die christlichen Gewerkschaften sind indes zu alt, um durch Verbädigungen oder Lohndeleien im sozialdemokratischen Lager oder auch in sonstigen Kreisen sich von dem von ihnen als richtig erkannten Wege abbringen zu lassen.

Von der Reichstagstribüne herab glaubte kürzlich ein Abgeordneter den Wunsch auszusprechen zu sollen, daß die „Rammelhäuser“ der christlichen Gewerkschaften halb vorbei sein möchten. Die Herren, die solche und ähnliche Kraftworte prägen, haben meist keine Vorstellung davon, wie schwer es ist, neben der sozialdemokratischen eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hochzubringen. Ähnliche Nebenwendungen würden jedenfalls vorzichtiger abgewogen, wenn man wüßte, welche undankbare Aufgabe sich die mehr als 20 000 Vertrauensleute mit Hingebung unterziehen, die allwöchentlich den Mitgliedern die Zeitung zustellen und die Jahreseinnahme von mehreren Millionen Mark großenteils zusammenlagern. Mit „Sühnapfeln“ sind bei der starken sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland Arbeitermassen nicht zu gewinnen. Darüber sollte man unter sozialverständigen Leuten nicht mehr zu reden brauchen. Das Bürgertum und die gebildeten Volksschichten hätten sich früher der Arbeiter annehmen und für deren Bestrebungen Verständnis zeigen sollen, dann wäre manches anders gekommen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die politischen Strömungen ziehen an der Arbeiterbewegung, selbst wenn diese sich auf parteipolitisch neutralen Boden gestellt hat, nicht spurlos vorbei. Sie traten in 1907, infolge der veränderten politischen Konstellation, besonders stark hervor. Auch die christlichen Gewerkschaften wurden in diese Strömungen hineingezogen und verführt. So bei der Reichstagswahl, bei dem im Oktober in Berlin abgehaltenen christlich-nationalen Arbeiterkongress, bei einer Aktion der nationalliberalen Arbeiterwähler des Saarreviers, die die Respektierung des Koalitionsrechtes der Arbeiter seitens der dortigen großen Werke zum Ziele hatte, und bei dem Kampfe um das Knappschäftsstatut im Ruhrrevier. Bei der Reichstagswahl ließen sich einzelne Angestellte der christlichen Gewerkschaften parteipolitisch stärker engagieren, als dieses in deren Interesse lag; andere Gewerkschaftsangehörige landierten wieder als „nat'onale Arbeiterabgeordnete“, wodurch unter den Arbeiterwählern der bürgerlichen Parteien Verwirrung hervorgerufen wurde. Die dadurch entstandenen Disharmonien und Mißverständnisse sind jedoch wieder in den betreffenden Bezirken behoben worden. Ueberall hat man auch die erforderliche Rückmeldung aus den bezüglichen Vorgängen gezogen. Anlässlich des Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongresses gefiel es manchen Leuten nicht, daß die betreffende Tagung gleich ihrer Frankfurter Vorgängerin eine Deputation zu dem Herrn Reichskanzler schickte zur Ueberbringung und Begründung der Beschlüsse des Kongresses. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften jagte damals in der Zurückweisung der bezüglichen Vorschläge, daß für die Kongressveranstalter keine Veranlassung bestehe, sich mit der Regierung und ihrem ersten verantwortlichen Beamten quer zu stellen. „Die christlich-nationalen Arbeiter werden sich in der Verfolgung ihrer Ziele nicht von dem Umstande beeinflussen lassen, daß diese oder jene einflussreiche Partei mit der allgemeinen Politik des Reichskanzlers nicht einverstanden ist. Uns kommt es nicht darauf an, wer die Sozialpolitik macht, sondern wie sie gemacht, und schließlich, daß sie überhaupt gemacht wird.“ An der Saar wurde bei der letzten Reichstagswahl von den Vertretern der Industriellen versprochen, das Koalitionsrecht der Arbeiter praktisch anerkennen zu wollen. Kurze Zeit nachher wurden dort die gelben Gewerkschaften protegiert und Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes entlassen. Gegen diese Praxis wandte sich ein Aufruf der christlichen Gewerkschaften der Saar, die zugleich nationalliberale Wähler waren; die Saarverhältnisse sollten danach auf dem nationalliberalen Parteitag zum Austrag kommen. Die Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter stemmelten diesen Vorgang als „ultramontane Mache“ und glaubten damit den unliebsamen Vorgang am besten abtun zu können. In Wirklichkeit hatte die ganze Aktion mit Parteipolitik nicht das mindeste zu tun; die Arrangure derselben waren, wie sich nachträglich herausstellte, langjährige nationalliberale Parteiangehörige. Auf ähnliche Art glaubten einige große Zeitungen den Gewerkschaften der christlichen Bergarbeiter wegen seiner Haltung zu der die Bergleute unbesriedigenden preussischen Knappschäftsnovelle (eobächtigen zu können. Hinter der Haltung des Gewerkschafts wurde Demonstrationspolitik gegen den Herrn Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten gewittert. Gatte der Gewerkschaften der christlichen Bergarbeiter dagegen die Opposition gegen die unzureichende Knappschäftsnovelle nicht mitgemacht, dann hätte er sicher sein können, daß weil die Gewerkschaften an der Schaffung des bezüglichen Gesetzes mitwirkte, von sozialdemokratischer Seite der „Zentrumspolitik“ beschuldigt worden wäre. Man sieht aus diesen Vorkommnissen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung ihr jeweiliges Verhalten nicht nach den politischen Tagesströmungen einrichten kann. Sonst fehlt ihr der feste Stützpunkt, sie würde hin- und hergeworfen und an der Durchführung ihrer eigentlichen Aufgaben, der möglichst günstigen Regelung des Arbeitsvertrages, verhindert.

Bei der zu Beginn des Jahres getätigten Reichstagswahl gingen sechs Mitglieder der christlichen Gewerkschaften als Abgeordnete hervor.

Schon daraus ist der große Einfluß ersichtbar, den sich die christliche Arbeiterbewegung bereits im öffentlichen Leben errungen hat. Dieser Einfluß darf indes nicht auf einzelne Parteien beschränkt bleiben, sondern muß sich auf alle bürgerlichen Fraktionen des Reichstages ausdehnen, die die moderne Arbeiterbewegung als berechtigt und notwendig anerkennen und ihr mit Verständnis begegnen. Die christliche Arbeiterbewegung wird es freilich einstweilen noch nicht durchzusetzen vermögen, daß ihre Forderungen an die Gesetzgebung ohne weiteres von den bürgerlichen Parteien vertreten werden. Das hieße die Welt illusionistisch beschreiben als sie in Wirklichkeit ist. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist zudem noch zu jung, als daß ihre Bestrebungen von anderen Volksschichten überall verstanden werden könnten. Und wenn große Parteien gegenüber der christlichen Arbeiterbewegung noch nicht vollaus ihre Pflicht tun, so besteht dennoch für deren Arbeiteranhänger kein genügender Grund, deshalb denselben den Rücken zu kehren. Die Aufwärtsbewegung eines neuen Standes wird sich stets langsam vollziehen; in der Gewerkschaftsbewegung wird mit den Unternehmern um Frieden gefeilscht und die Arbeiter kommen dabei vorwärts. Nicht anders verhält es sich auf öffentlich-rechtlichem Gebiete. Alle, der neuzeitlichen Entwicklung entgegenstehende Anschauungen müssen überwinden, vorurteile ausgeräumt werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht in einem anderen Verhältnis zu Staat und Gesellschaft als die sozialdemokratische Presse. Eine Anzahl großer Fragen in geistiger, ideeller und nationaler Hinsicht verbinden die christlich-nationalen Arbeiter mit den verschiedenen bürgerlichen Parteigruppen. Eine Abspaltung von denselben wegen differenzierter Anschauungen in manchen Fragen der Arbeiterpolitik ist schließlich gar nicht schwer. Aber wohin gebet man dann seine Zuflucht zu nehmen? Etwa zur Sozialdemokratie? Das bedeutet ein völliges Preisgeben der Bewegung, der man jeither gedient, für die man opferfreudig gearbeitet. Denn sich politisch zur Sozialdemokratie zu bekennen und zu gleicher Zeit etwa einer christlichen Berufsorganisation anzugehören, wäre ein Un Ding. Die andere Möglichkeit wäre die Gründung einer besonderen Arbeiterpartei, vorausgesetzt, daß den Arbeiterangehörigen der verschiedenen bürgerlichen Parteien übereinstimmend sich ein größeres Unbefriedigtsein bemächtigt. Der letzte Kongress der christlichen Gewerkschaften in Breslau hat sich gegen eine neue Partei ausgesprochen und anscheinend damit das Richtige getroffen. Denn seit dieser Zeit haben gerade Kreise, denen man ein übermäßiges Wohlwollen zur Arbeiterbewegung bisher nicht nachrühmen konnte („Deutsche Arbeitgeberszeitung“, „Kreuzzeitung“), den christlich-nationalen Arbeitern zur Neugründung geraten. Und das ist Ursache genug, uns nachdenklich zu machen. Mit einem bloßen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programm läßt sich zudem in Deutschland mit seinen starken, geistigen und politischen Strömungen eine Partei nicht zusammenhalten.

Wenn wir so zur parlamentarischen Vertretung der christlichen Gewerkschaften die Gründung einer besonderen Partei ablehnen, unseren Mitgliedern vielmehr immer empfohlen haben, außerhalb der Gewerkschaftsbewegung sich in den ihnen zuzugewandten politischen Parteien Einfluß zu verschaffen, so ist damit nicht gesagt, daß in diesen Parteien alles beim Alten bleiben soll. Im Gegenteil, die meisten der bürgerlichen Parteien verfügen über eine Anzahl Wahlkreise, in denen das Arbeiterelement bei der Wahl einen bedeutenden Faktor darstellt. Hier können sich die Arbeiter auf zweierlei Art Geltung verschaffen: einerseits, indem sie auf die Aufstellung von befähigten Kandidaten aus ihren Kreisen drängen und andererseits dadurch, daß sie die präsentierten Kandidaten in ihrer Auffassung zur Arbeiterbewegung näher beschauen. In jeder bürgerlichen Partei ist Platz für sozialpolitisch fortgeschrittenere Elemente und solche, denen jede Sozialpolitik ein Grauel ist. Und zur Wahl letzterer besteht für die christlich-nationale Arbeiterpartei keinerlei Veranlassung. Wenn den einzelnen Parteien daran gelegen ist, den betreffenden Wahlkreis für sich zu behaupten — und das wird in der Regel der Fall sein — wird man auf die Auffassung der Arbeiterwähler schon die erforderliche Rücksicht nehmen.

Von den aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik mehr verlangt werden, als von der Partei, der er angehört, insgesamt gefordert werden kann. Andernfalls könnte deren parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu zum Verhängnis werden. Die mühsame Arbeit der Vertrauensleute, worin in der Hauptsache der Erfolg einer Bewegung beruht, würde auf die Dauer von den opferfreudigsten Arbeitern verteidigt werden, wenn diese beobachtet, daß ihre in den Parlamenten tätigen Führer, die durch die Arbeiterbewegung das geworden, was sie sind, in den wichtigsten Fragen der Arbeiterpolitik ihr Mandat gegen den Geist und den Sinn unserer Bewegung ausüben würden. Die Parteien, die es mit den Emanzipationsbestrebungen des Lohnarbeiterstandes und mit der gleichberechtigten Eingliederung desselben in die bestehende Gesellschaft ehrlich meinen und befähigten Arbeiterführern auch Mandate zu den gesetzgebenden Körperschaften einzuräumen geneigt sind, müssen diesen Arbeitervertretern gestatten, in für die Arbeiterbewegung grundlegenden Fragen

ante Koalitionsrecht u. evtl. auch von der Fraktionsmeinung abweichend stimmen zu dürfen. Eine Partei kann selbst wider ihren Willen bestimmten politischen Konstellationen Konzessionen machen müssen; wenn schließlich jede Fraktion und schließlich auch die Regierung extram auf ihren jeweiligen Entscheidungen bestehen wollten, wäre häufig die Schaffung von Gesetzen eine bare Unmöglichkeit. Mit solchen Schwierigkeiten hat sich jeder Realpolitiker abzufinden. Entstehen aber aus grundlegenden Fragen der Arbeiterpolitik ähnliche Situationen, dann haben die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten sich auszubedingen, daß sie schließlich ihre Abstimmung abweichend von der Fraktion tätigen können. Solche Fragen beschäftigen nicht jeden Tag, auch nicht jede Session die gesetzgebenden Körperschaften. Und wie in manchen anderen Fragen eine Fraktion, unbeschadet ihres Ansehens, ihr Votum nicht einstimmig abgibt, muß es den christlichen Arbeitervertretern unbenommen bleiben, in bestimmten Fällen eine größere Rücksicht auf die von ihnen mitgeschaffene christliche Gewerkschaftsbewegung zu nehmen, als die Partei, denen sie angehören, nehmen zu können glaubt. Auf dieser Auffassung müssen wir bestehen bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß dann einzelne Parteien glauben sollten, sich nicht entschließen zu können, christliche Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufzunehmen. Wenn in manchen Parteien der Zeitpunkt der Praktizierung dieser Auffassung noch befrüht erscheint, dann lieber keine christlichen Arbeiterabgeordneten als solche, die von Fraktionswegen zu Handlungen gedrängt werden, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Wege die Position anstatt erleichtert, weiter erschwert. Die Schwierigkeiten, die die christliche Gewerkschaftsbewegung durchzukämpfen hat, sind gerade groß genug, als daß diese sich den Luxus gestatten könnten, durch ihre führenden Kräfte in den parlamentarischen Körperschaften sich neue Hindernisse bereiten zu lassen. Das schien uns notwendig zu sagen mit Rücksicht auf die Preßerörterungen, die kürzlich an einen bestimmten Einzelfall anknüpfen.

**Ein Hilferuf aus den Kreisen der Gießereibesitzer.**

Schon für manches Gewerbe ist die Konkurrenz der Würgengel gewesen. Auch die Gießereien leiden schwer darunter. Nicht die „Verminderung durch die Arbeiterorganisationen“ oder die „hohen Löhne“, wie manche Scharfmacher der Deffentlichkeit gern vor machen möchten, sondern das gegenseitige Unterbieten der Gießereibesitzer selbst hat diesen Gewerbebezweig glücklich auf den Hund gebracht. Gut ist's und der erste Schritt zur Besserung, wenn die Unternehmer das allmählich selbst einsehen lernen. Und hier und da kommt man allmählich zur Besinnung und hält innere Einkehr. Davon zeugt eine längere Abhandlung über die gegenwärtige traurige Lage der deutschen Gießereien in Nr. 23 der „Eisen-Zeitung“ aus der Feder eines Gießereibesitzers: „Ein offenes Wort an die deutschen Gießereien“. Von Theodor Löhe, Hennes (Sieg).

Der Verfasser betont zunächst, daß das deutsche Gießereiwesen ein trauriges Dasein friste und einer fundamentalen Umwälzung bedürfe. Heute im Besitze einer Gießerei sein, hieße sich langsam zu Tode ärgern, jammert er dann weiter. Feinde von innen, Feinde von außen, und keine leichten Feinde. Die Gießereibesitzer müßten sich begnügen, wenig oder gar nichts zu verdienen, wenn sie einigermaßen friedlich leben wollen. Das klinge zwar übertrieben pessimistisch, sei aber nackte Tatsache.

Und der Grund dieser traurigen Lage? Das gegenseitige Unterbieten. Damit kommt der Verfasser des Klagerufs auf den Kern der Sache, indem er wörtlich weiter schreibt:

Keine Einheitspreise ohne Einheitslöhne und Einheitsalkorbe. Geht das Bestreben dahin, die Einkaufspreise der Rohmaterialien sowie die Verkaufspreise der fertigen Erzeugnisse zu vereinheitlichen, so müssen auch die Lohn- und Alfordverhältnisse für die Arbeiter, welche die Erzeugnisse herstellen, einheitlich sein. Eine dauernde Durchführung der Einheitspreise läßt sich gar nicht denken ohne Einheitslöhne und Alford. Und nur die hierin herrschende Verschiedenheit und Uneinheitlichkeit verhindert eine solche. Solange Lohn- und Alfordpreise in den Gießereien große Verschiedenheit aufweisen, solange macht der eine die, der andere jene Preise. Wer geringe Löhne bezahlt, hat es leicht, demjenigen die Preise zu verberben, der mit hohen Löhnen rechnen muß. Wieder andere Gießereien jagen durch ihre unvernünftigen und sinnlosen Preise den Kunden das Geld in die Tasche, verkürzen sich selbst den Verdienst, der ihnen doch mit Recht zutame, und zwingen die Konkurrenz, ähnliche Schundpreise zu machen. Und die Kunden freuen sich über nichts mehr, als wenn sich die Gießereien ordentlich in den Haaren liegen.

Eine grundsätzliche Verschiedenheit der Lohn- und Alfordverhältnisse in den Gießereien ist daher die innere Krankheit derselben, die Quelle unendlichen Wergers der Gießereileiter, weil die kontinuierliche Ursache von Unzufriedenheit und Streikgefühlen unter den Arbeitern. Dieses sind die inneren Feinde. Und unter deren Folge, nämlich der unzureichenden Unzufriedenheit der Gießereiarbeiter, haben die Gießereibesitzer empfindlich zu leiden. Wer will es leugnen? Und wer möchte nicht geordnet Zustände herbeigeführt sehen, die ein friedliches Verhält-

nis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Folge haben? Sehen wir uns die Verhältnisse in den letzten Jahren an. Mit dem gewaltigen Aufschwung des deutschen Gießereilebens geht eine wachsende Dissonanz im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand. Es gibt wohl keine Fabrikbetriebe in Deutschland, in welchen derartige Mißverhältnisse in annähernder Weise zu finden sind, als in den Gießereibetrieben.

Läßt sich denn eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse wirklich nicht durchführen, da doch so manche Schäden offen zutage liegen und wohl beseitigt werden könnten, wenn hierzu ein einheitlicher Wille vorhanden wäre. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen gemeinsam arbeiten, einer für alle, alle für einen. So ist es von Gott gewollte Weltordnung. Der gewaltige Mechanismus der Industrie macht eine steigende Entwicklung des deutschen Gießereilebens zur notwendigen Folge. Tausende Industrielle in den und um die Gießerei in der Gießerei, wahrlich keine leichte Existenz. Hunderttausende Arbeiter sind auf Beschäftigung in den Gießereien angewiesen. Und dennoch diese schreiende Dissonanz. Welch ein erbitterter Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in vielen Gießereien, der im Grunde genommen doch nur von einem ganzen Rattenkönig von Mißverständnissen und Unkenntnissen her herrührt, wie sie durch die heutigen Verhältnisse gegeben sind, während doch ein friedliches Verhältnis gemüßigter, fruchtbringender Arbeit selbstverständlich wäre und wohl gedacht werden könnte, wenn die Grundlagen hierzu vorhanden wären.

In allen industriellen Unternehmungen soll ein jeder eine seinen Leistungen entsprechende Einnahme finden. Der Fabrikant und Geschäftsinhaber, der die volle Verantwortung für sein Unternehmen trägt, der mit seinem Kapital und mit seiner Person für dasselbe haftbar ist, der so und soviel Familien die Möglichkeit einer Existenz gibt, muß doch ganz selbstverständlich eine dieser seiner Stellung als Haupt des Ganzen würdige Einnahme aus seinem Unternehmen erzielen können. Findet er diese nicht, lassen Arbeits- und Lohnverhältnisse oder irgend welche anderen Ursachen eine solche nicht zu, so ist ein derartiges Unternehmen ein Unling, ein Mißverhältnis ohne Gleichen. Es ist völlig unübertragbar und unsinnig, seine Arbeitskraft unsonst zu verschwenden und dabei noch einer Menge Familien das Brot zu geben. Wer einen Betrieb hat, der dauernd unrentabel ist, schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn er ihn nicht heute schon schließt, es sei denn, er wisse Mittel und Wege zur Abhilfe.

Aber auch der Beamte und Arbeiter muß mit seiner Familie leben und bestehen können. Auch er muß eine seinen Leistungen entsprechende Einnahme finden können, und findet er diese nicht, so ist das wieder ein Mißverhältnis, das einer Venerberung bedarf. Und hier kommen wir zu dem Kapitel Lohnforderungen, berechnete und unberechnete Lohn- und Arbeitsforderungen von Seiten der Arbeiter.

Eine jede Leistung des Arbeiters, welche dessen Zeit und Kraft im Dienste seines Brotherrn in Anspruch nimmt, soll und muß eine entsprechende Vergütung finden, eine Vergütung, die sich auf Heller und Pfennig berechnen läßt, und die im vollen Einklang steht mit Einkauf und Verkauf der Ware, im Einklang mit den bestehenden Verhältnissen, der gesunden Entwicklung des einzelnen Geschäftsbetriebes sowie der ganzen Industrie.

Demgegenüber finden wir aber viel häufiger schrankenlose, gewalttätige und geradezu unsinnige Forderungen von Seiten der Arbeiter, welche im öffentlichen Interesse der Fabrikanten, der Beamten, ja der Arbeiter selbst unbedingt und mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen; Forderungen, welche einzelne Betriebe sowie ganze Industrien völlig vernichten und unmöglich machen können, weil sie dem gesunden Menschenverstand widersprechen und in keinem Verhältnis mehr stehen zu der Leistung des Arbeiters, zu Einkauf und Verkauf der Ware und den erzielten Preisen, Forderungen, die in der sozialen Frage die größte Rolle spielen und zur Verschärfung derselben immer wieder fast ausschließlich beitragen. Das wissen doch die deutschen Gießereileben, sie haben es zur Genüge erfahren, sie haben genug darunter gelitten. Und warum das? Weil es in der Lohn- und Arbeitsfrage in den deutschen Gießereien an einer einheitlichen Uebereinstimmung fehlt, und diese muß kommen, wenn die inneren Zustände derselben eine kräftige Besserung und Gesundung erfahren sollen. Und diese soll den Zweck haben, für den Arbeiter die Grenzen seiner Lohn- und Arbeitsforderungen zu bestimmen, wie sie die bestehenden Verhältnisse zulassen.

Wie kann der Arbeiter aber diese Grenzen einhalten, wenn er dieselben nicht kennt, wie kann er sie kennen, so lange eine einheitliche Grundlage in der Lohn- und Arbeitsfrage nicht vorhanden ist, wenn die eine Firma für irgendwelche Arbeit eine beliebige Summe mehr bezahlt als eine andere Firma für dieselbe Arbeit. Denn daß dies der Fall ist, weiß doch jeder, und die Arbeiter wissen es erst recht. Und da ist es doch ganz klar, daß sie denken müssen, sie seien der Willkür ihres einzelnen Brotherrn unterworfen und kommen zu dem Schluß, da sei es selbstverständlich, ja im Interesse ihrer Familien Pflicht, einen Gesamtdruck auszuüben durch ihre Lohnforderungen auf den, der doch schließlich in der Lage ist, die Arbeiter zu bereichern zu suchen.

Hierzu werden die Arbeiter durch gewissenlose (?) Agitatoren noch aufgereizt und aufgeschwemmt, und dann sind Situationen, wie sie im Gießereileben an der Tagesordnung stehen, schnell gegeben. Sehen dann, wie es häufig vor kommt, unnütze Lohnforderungen durch, und ist das Geschäft in kurzer Zeit ruiniert, so sind doch meist die Arbeiter selbst die Betroffenen. Sie werden arbeitslos, und da die Arbeiter durchschnittlich von der Hand in den Mund leben, so wird die Familie des Arbeiters schnell brotlos und dann ist das soziale Elend da. Die Schuld wird dann auf den geschoben, den sie nicht trifft, dafür sorgen wieder die blinden Blindenleiter, die auch im Reichstag sitzen, die Totengräber des Volkes, welche vorgehen, das Wohl des Proletariats im Auge zu haben, während sie doch Massenräuber für das Volk graben. Hieraus ist ersichtlich, daß eine Vereinheitlichung der Lohn- und Arbeitsfrage zur Notwendigkeit wird, und diese Vereinheitlichung wird und muß

mit den Jahren kommen. Dann werden die Agitatoren Agitatoren, die einzelnen Gießereien weniger Schwierigkeiten und enger innerer Differenzen ausgesetzt sein und Einzelstreik leichter vermieden werden können, und das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird sich einfachere und erspinnerlicher gestalten. Ober läßt sich diese Möglichkeit der Einheitslöhne und Arbeitsverhältnisse nicht denken? Gewiß ebensowohl wie diejenige der Einheitspreise, ja sie kann aus diesen ausgearbeitet und tabellarisch festgelegt werden.

Das deutsche Gießereiwesen muß doch aus den inneren Ursachen, in denen es steckt, herauszukommen suchen, es nicht schwereren entgegensehen oder dieselben heraufbeschwören will. Ich zweifle nicht, daß alle diejenigen, welche mit mir den Wunsch hegen, eine innere Gesundung des deutschen Gießereiwesens herbeigeführt zu sehen, sich meinen Ausführungen in der Hauptsache anschließen werden.

Soweit die Ausführungen des Gießereibesitzers, denen die Redaktion der Eisen-Ztg. noch folgendes hinzuzufügt:

Die Anregungen, welche Herr Löhe in Vorstehendem gibt, sind schwerwiegend genug, um eingehend geprüft und erörtert zu werden. Wir stellen deshalb die im Text ausgesprochenen Fragen zur Diskussion und erwarten gern, daß auch andere erfahrene Gießereibesitzer sich hierzu äußern, denn nur durch gründlichen Austausch der Ansichten dürfte die bringende nötige Klärung dieser trübten Verhältnisse herbeizuführen sein.

Abgesehen von den Scharfmachereien und Ausfällen gegen die „gewissenlosen Agitatoren“ wird auch der gewerkschaftlich organisierte Gießereiarbeiter der Grundtendenzen der vorstehenden Ausführungen zustimmen können.

Aber, warum bleibt Herr Löhe denn mit seinen Verbesserungsvorschlägen auf halbem Wege stehen? Es sind gewiß sehr erfreuliche Zeichen, wenn ein Unternehmer die Worte öffentlich wiederholt, durch Einheitslöhnen würde sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einfacher und friedlicher gestalten. Dieses Ziel wird aber ohne Mitwirkung der Arbeiter, d. h. ihrer Organisationen, gar nicht praktisch zu verwirklichen sein. Die organisierten Arbeiter wollen doch einheitlichere Löhne durch den Abschluß von Tarifverträgen herbeiführen und wer war es, der bis heute diese Bestrebungen mit allen Mitteln, oft mit brutaler Gewalt zu unterdrücken versucht hat? Doch nur die Unternehmer selbst! — Auch bei der Bewegung der Gießereiarbeiter im Frühjahr 1906 haben die führenden Scharfmacher im Gießereigewerbe erstaunliche Proben dieser Taktik abgelegt.

Und heute, erhalten die Hilferufe nach Einheitslöhnen aus den Kreisen der Unternehmer selbst, weil ohne diese Erfüllung einer alten Arbeiterforderung das Gewerbe dem Ruin entzogen wird. Das sind Wandlungen, die zwar dem weitsichtigen Arbeiter nicht übersehbar kommen, die aber manchem „Herrn im Hause“ äußerst peinlich sein werden. Deshalb getraut sich auch der Verfasser vorstehender Ausführungen wohl nicht, daß Kind offen beim Namen zu nennen und zu sagen: Wir müssen, um den Krebschaden der Schmutzkonkurrenz einzudämmen und das Gewerbe wieder zu heben, die Arbeiterorganisationen anerkennen und Tarifverträge mit Einheitslöhnen mit ihnen abschließen, weil auf anderem Wege eine Reform der gegenwärtigen trostlosen Lage nicht möglich ist.

So und nicht anders kann die logische Schlussfolgerung der Ausführungen des Herrn Löhe in der Eisen-Zeitung lauten. Die kleineren Gießereibesitzer würden — der Not gehorchend, wenn auch nicht dem eigenen Triebe — gewiß damit einverstanden sein. Ob aber auch die „Großen“ unter den Gießereien sich schon so weit sozial gemauert haben, wird vielleicht die von der Red. der Eisen-Zeitung gewünschte Diskussion über die angeschnittene Frage ergeben. Jedenfalls werden die einsichtigen Unternehmer bei ihrem Bemühen, das Gewerbe zu heben und die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, in den Arbeiterorganisationen keinen Hemmschuh, sondern eifrige Förderer und eheliche Mitarbeiter finden. Von unserm christlichen Metallarbeiterverbande kann das wenigstens freiwillig gesagt werden.

An alle unorganisierten Arbeiter in den Gießereien aber sei der Ruf zum sofortigen und sofortigen gerichteten Lebt nicht mehr gedankenlos in den Tag hinein, sondern schließt Euch baldigt der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband an. Die nächste Zeit wird jedenfalls für die Gießereiarbeiter hochwichtige Entscheidungen bringen.

Die Ortsgruppen der badischen Fabrikinspektion für 1907

Eine Fülle anregenden Materials enthält wiederum der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion. Oftmals sind die Leitungen der Ortsgruppen um einen Referenten verlegen, oder aber um Material hierzu. Da greife man nach einem solchen Bericht, damit lassen sich mehrere Versammlungen ausfüllen, zugleich die Gewähr bietend, daß der Verlauf jeweils ein interessanter wird. Es seien hier nur die für uns wichtigsten Daten neben einigen besonders bemerkenswerten Einzelheiten aus dem Bericht für das Jahr 1907 wiedergegeben.

halten zu wollen. Dieses Blatt hat bekanntlich den Charakter der sozialdemokratischen Presse über die Helgenarten der paar Quertreiber in der Ortsgruppe Aachen I in seiner Nr. 22 vom 29. Mai wirklich abgedruckt, von der aber schon am 22. Mai in der „Rhein. Post“ veröffentlichte Berichtigung des Verbandsvorsitzenden Weber keine Silbe erwähnt. Daraufhin ging ein „wahrheitsliebender“ Regulator unterm 1. Juni ebenfalls eine Berichtigung auf Grund des § 11 des Pressgesetzes zu, die das Hirsch-Dunkersche Blatt aber in seiner Nr. 23 vom 6. Juni, noch in der Nr. 24 vom 12. Juni gebracht hat. Der „Regulator“ scheint also nicht nur sehr „wahrheitsliebend“, sondern auch noch förmlich und eigenständig zu sein. Jetzt wird ihm durch eine andere Stelle journalistische Ehrlichkeit beigebracht und Mozes gelehrt werden. Sie wollen es annehmen, nicht besser.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Für Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist die Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwickeln; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zusagen fort.

**Muggsburg.** Bezug von Kupferschmelzen für die Essigsäure Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

**Muggsburg.** Ueber die Firma L. A. Niedinger die Sperre verhängt.

**Osnabrück.** Im Osnabrücker Eisen- und Stahlwerk wegen einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

**Geisweid.** In der hiesigen Steigerländer Herdwerk sind Differenzen entstanden.

**Rheinberg.** In den deutschen Solway-Werken wegen Maßregelung organisierter Kollegen Differenzen entstanden.

**Gevelsberg.** Bei der Firma Köllen sind infolge Lohnabzügen Differenzen entstanden.

**Pforzheim.** Sämtliche organisierte Kollegen und Beamten der Holz-Industrie sind ausgesperrt.

**Regensburg.** Die hiesigen Kunst- und Bauarbeiter stehen in einer Tarifbewegung.

**Mannheim.** Bei der Firma „Brown & Boveri“ sind die Kollegen in Streik bzw. Aussperrung wegen Lohnreduzierung.

### Zuzug ist fernzuhalten.

**Ahlen i. W.** Wie den Kollegen bekannt, schwebt über den Weisfällischen Stanz- und Emailierwerken Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich vorläufiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unsern hiesigen Verbandsvertreter zu melden.

### Bekanntmachung.

Die Arbeitslosen-Zählkarten sind mit der heutigen Zeitungsendung allen Ortsgruppen zugewandt. Eine Gruppe, die keine erhalten hat, ist dies sofort der Zentralgeschäftsstelle zu reklamieren. Die Karten sind in der Zeit vom 1. bis 4. Juli genau auszufüllen und an die Zentrale eingesandt werden.

Da die Beiträge immer für die kommenden Monate im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 21. Juni der sechszwanzigste Wochenbeitrag die Zeit vom 21. bis 28. Juni 1908 fällig.

Die Ortsgruppen Wilmheim a. Rhein und Hatingen bitten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Monatsbeitrages von 70 Pfg. Die Ortsgruppe Wilmheim a. Rhein von 60 Pfg. wöchentlich. Die Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

**Für Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.** Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Ortsgruppe zu melden, um sich über die einzuwickelnden Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten vorhanden sind, hat diese Meldung dennoch dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Fällen wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle vorhanden ist, besteht, wende man sich an den zuständigen Verbandsvertreter.

Von der Reichstagstribüne herab glaubte kürzlich ein Abgeordneter den Wunsch auszusprechen zu sollen, daß die „Ummeljahre“ der christlichen Gewerkschaften bald vorbei sein möchten. Die Herren, die solche und ähnliche Kraftworte prägen, haben meist keine Vorstellung davon, wie schwer es ist, neben der sozialdemokratischen eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hochzubringen. Nützliche Nebenwendungen würden jedenfalls vorsichtiger abgewogen, wenn man wüßte, welche unantworbare Aufgabe sich die mehr als 20 000 Vertrauensleute mit Hingebung unterziehen, die allwöchentlich den Mitgliedern die Zeitung zustellen und die Jahres-einnahme von mehreren Millionen Mark gewissenweise zusammentragen. Mit „Schulzraspeln“ sind bei der starken sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland Arbeitermassen nicht zu gewinnen. Darüber sollte man unter sozialverständigen Leuten nicht mehr zu reden brauchen. Das Bürgertum und die gebildeten Volksschichten hätten sich früher der Arbeiter annehmen und für deren Bestrebungen Verständnis zeigen sollen, dann wäre manches anders gekommen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die politischen Strömungen ziehen an der Arbeiterbewegung, selbst wenn diese sich auf parteipolitisch neutralen Boden gestellt hat, nicht spurlos vorbei. Sie traten in 1907, insolge der veränderten politischen Konstellation, besonders stark hervor. Auch die christlichen Gewerkschaften wurden in diese Strömungen hineingezogen. So bei der Reichstagswahl, bei dem im Oktober in Berlin abgehaltenen christlich-nationalen Arbeiterkongreß, bei einer Aktion der nationalliberalen Arbeiterwähler des Saarreviers, die die Respektierung des Koalitionsrechtes der Arbeiter seitens der dortigen großen Werke zum Ziele hatte, und bei dem Kampfe um das Knappschäftsstatut im Ruhrrevier. Bei der Reichstagswahl ließen sich einzelne Angestellte der christlichen Gewerkschaften parteipolitisch stärker engagieren, als dieses in deren Interesse lag; andere Gewerkschaftsangehörige kandidierten wieder als „nat. male Arbeiterabgeordnete“, wodurch unter den Arbeiterwählern der bürgerlichen Parteien Verwirrung hervorgerufen wurde. Die dadurch entstandenen Disharmonien und Mißverständnisse sind jedoch wieder in den betreffenden Bezirken behoben worden. Ueberall hat man auch die erforderliche Nutzenanwendung aus den bezüglichen Vorgängen gezogen. Unlänglich des Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongresses gefiel es manchen Leuten nicht, daß die betreffende Tagung gleich ihrer Frankfurter Vorgängerin eine Deputation zu dem Herrn Reichstanzler schickte zur Ueberbringung und Begründung der Beschlüsse des Kongresses. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften jagte damals in der Zurückweisung der bezüglichen Freßäußerungen, daß für die Kongreßveranstalter keine Veranlassung bestehe, sich mit der Regierung und ihrem ersten verantwortlichen Beamten quer zu stellen. „Die christlich-nationalen Arbeiter werden sich in der Verfolgung ihrer Ziele nicht von dem Umstande beeinflussen lassen, daß diese oder jene einflußreiche Partei mit der allgemeinen Politik des Reichstanzlers nicht einverstanden ist. Uns kommt es nicht darauf an, wer die Sozialpolitik macht, sondern wie sie gemacht, und schließlich, daß sie überhaupt gemacht wird.“ In der Saar wurde bei der letzten Reichstagswahl von den Vertretern der Industrie versprochen, das Koalitionsrecht der Arbeiter praktisch anerkennen zu wollen. Kurze Zeit nachher wurden dort die gelben Gewerkschaften protegiert und Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes entlassen. Gegen diese Praxis wandte sich ein Aufruf der christlichen Gewerkschaftler der Saar, die zugleich nationalliberale Wähler waren; die Saarverhältnisse sollten danach auf dem nationalliberalen Parteitag zum Austrag kommen. Die Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter stempelten diesen Vorgang als „ultramontane Mache“ und glaubten damit den unlieblichen Vorgang am besten abtun zu können. In Wirklichkeit hatte die ganze Aktion mit Parteipolitik nicht das mindeste zu tun; die Arrangements derselben waren, wie sich nachträglich herausstellte, langjährige nationalliberale Parteiangehörige. Auf ähnliche Art glaubten einige große Zeitungen den Gewerkschaftern der christlichen Bergarbeiter wegen seiner Haltung zu der die Regente unbeherrschenden preussischen Knappschäftsnovelle zerbächtig zu können. Hinter der Haltung des Gewerkschaftsvereins wurde Demonstrationspolitik gegen den Herrn Reichstanzler und preussischen Ministerpräsidenten getwittert. Gätte der Gewerkschaft der christlichen Bergarbeiter dagegen die Opposition gegen die unzureichende Knappschäftsnovelle nicht mitgemacht, dann hätte er sicher sein können, daß er, weil die Zentrumspartei an der Schaffung des bezüglichen Gesetzes mitwirkte, von sozialdemokratischer Seite der „Zentrumspolitik“ beschuldigt worden wäre. Man sieht aus diesen Vorkommnissen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung ihr jeweiliges Verhalten nicht nach den politischen Tagesströmungen einrichten kann. Sonst fehlt ihr der feste Stützpunkt, sie würde hin- und hergeworfen und an der Durchführung ihrer eigentlichen Aufgaben, der möglichst günstigen Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Bei der zu Beginn des Jahres getätigten Reichstagswahl gingen sechs Mitglieder der christlichen Gewerkschaften als Abgeordnete hervor.

Schon daraus ist der große Einfluß ersichtbar, den sich die christliche Arbeiterbewegung bereits im öffentlichen Leben errungen hat. Dieser Einfluß darf indes nicht auf einzelne Parteien beschränkt bleiben, sondern muß sich auf alle bürgerlichen Fraktionen des Reichstages ausdehnen, die die moderne Arbeiterbewegung als berechtigt und notwendig anerkennen und ihr mit Verständnis begegnen. Die christliche Arbeiterbewegung wird es freilich einstweilen noch nicht durchzusetzen vermögen, daß ihre Forderungen an die Gesetzgebung ohne weiteres von den bürgerlichen Parteien vertreten werden. Das hieße die Welt Illusionistischer beschauen als sie in Wirklichkeit ist. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist zudem noch zu jung, als daß ihre Bestrebungen von anderen Volksschichten überall verstanden werden könnten. Und wenn große Parteien gegenüber der christlichen Arbeiterbewegung noch nicht vollauf ihre Pflicht tun, so besteht dennoch für deren Anhänger kein genügender Grund, deshalb denselben den Rücken zu kehren. Die Aufwärtsbewegung eines neuen Standes wird sich stets langsam vollziehen; in der Gewerkschaftsbewegung wird mit den Unternehmern um Friedenige geschildert und die Arbeiter kommen dabei vorwärts. Nicht anders verhält es sich auf öffentlich-rechtlichem Gebiete. Alte, der neuzeitlichen Entwicklung entgegenstehende Anschauungen müssen überwinden, Vorurteile ausgeräumt werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht in einem anderen Verhältnis zu Staat und Gesellschaft als die sozialdemokratische Presse. Eine Anzahl großer Fragen in geistiger, ideeller und nationaler Hinsicht verbinden die christlich-nationalen Arbeiter mit den verschiedenen bürgerlichen Parteiführern. Eine Wbspaltung von denselben wegen differierender Anschauungen in manchen Fragen der Arbeiterpolitik ist schließlich gar nicht schwer. Aber wohin gebent man dann seine Zuflucht zu nehmen? Etwa zur Sozialdemokratie? Das bedröhtete ein böses Preisgeben der Bewegung, der man jeither gedient, für die man opferfreudig gearbeitet. Denn sich politisch zur Sozialdemokratie zu bekennen und zu gleicher Zeit etwa einer christlichen Berufsorganisation anzugehören, wäre ein Unding. Die andere Möglichkeit wäre die Gründung einer besonderen Arbeiterpartei, vorausgesetzt, daß den Arbeiterangehörigen der verschiedenen bürgerlichen Parteien übereinstimmend ein größeres Unbefriedigtsein bemächtigte. Der letzte Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Breslau hat sich gegen eine neue Partei ausgesprochen und anscheinend damit das Richtige getroffen. Denn seit dieser Zeit haben gerade Kreise, denen man ein übermäßiges Wohlwollen zur Arbeiterbewegung bisher nicht nachrühmen konnte („Deutsche Arbeitgeberzeitung“, „Kreuzzeitung“), den christlich-nationalen Arbeitern zur Neugründung geraten. Und das ist Ursache genug, uns nachdenklich zu machen. Mit einem bloßen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programm läßt sich zudem in Deutschland mit seinen starken, geistigen und politischen Strömungen eine Partei nicht zusammenhalten.

Wenn wir so zur parlamentarischen Vertretung der christlichen Gewerkschaften die Gründung einer besonderen Partei ablehnen, unseren Mitgliedern vielmehr immer empfohlen haben, außerhalb der Gewerkschaftsbewegung sich in den ihnen zugänglichen politischen Parteien Einfluß zu verschaffen, so ist damit nicht gesagt, daß in diesen Parteien alles beim Alten bleiben soll. Im Gegenteil, die meisten der bürgerlichen Parteien verfügen über eine Anzahl Wahlkreise, in denen das Arbeiterelement bei der Wahl einen bedeutenden Faktor darstellt. Hier können sich die Arbeiter auf zweierlei Art Geltung verschaffen: einerseits, indem sie auf die Auffstellung von befähigten Kandidaten aus ihren Kreisen drängen und andererseits dadurch, daß sie die präferierten Kandidaten in ihrer Auffassung zur Arbeiterbewegung näher beziehen. In jeder bürgerlichen Partei ist Platz für sozialpolitisch fortgeschrittenere Elemente und solche, denen jede Sozialpolitik ein Grauel ist. Und zur Wahl letzterer besteht für die christlich-nationale Arbeiterschaft keinerlei Veranlassung. Wenn den einzelnen Parteien daran gelegen ist, den betreffenden Wahlkreis für sich zu behaupten — und das wird in der Regel der Fall sein — wird man auf die Auffassung der Arbeiterwähler schon die erforderliche Rücksicht nehmen.

Von den aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik mehr verlangt werden, als von der Partei, der er angehört, insgesamt gefordert werden kann. Andernfalls könnte deren parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu zum Verhängnis werden. Die mühsame Arbeit der Vertrauensleute, worin in der Hauptsache der Erfolg einer Bewegung beruht, würde auf die Dauer von den opferfreudigsten Arbeitern verweigert werden, wenn diese beobachten, daß ihre in den Parlamenten tätigen Führer, die durch die Arbeiterbewegung das geworden, was sie sind, in den wichtigsten Fragen der Arbeiterpolitik ihr Mandat gegen den Geist und den Sinn unserer Bewegung ausüben würden. Die Parteien, die es mit den Emanzipationsbestrebungen des Lohnarbeiterstandes und mit der gleichberechtigten Eingliederung desselben in die bestehende Gesellschaft ehrlich meinen und demgemäß auch dem Arbeiterstande zu den gesetzgebenden Körperschaften einzutreten geneigt sind, müssen diesen Arbeitervertretern gestatten, in für die Arbeiterbewegung grundlegenden Fragen

wie Koalitionsrecht u. evtl. auch von der Fraktionsmeinung abweichend stimmen zu dürfen. Eine Partei kann selbst wider ihren Willen bestimmten politischen Konstellationen Konzessionen machen müssen; wenn schließlich jede Fraktion und schließlich auch die Regierung extrem auf ihren jeweiligen Entschlüssen bestehen wollten, wäre häufig die Schaffung von Gesetzen eine bare Unmöglichkeit. Mit solchen Schwierigkeiten hat sich jeder Realpolitiker abzufinden. Entstehen aber aus grundlegenden Fragen der Arbeiterpolitik ähnliche Situationen, dann haben die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten sich auszuheben, daß sie schließlich ihre Abstimmung abweichend von der Fraktion tätigen können. Solche Fragen beschäftigen nicht jeden Tag, auch nicht jede Session die gesetzgebenden Körperschaften. Und wie in manch anderen Fragen eine Fraktion, unbeschadet ihres Ansehens, ihr Votum nicht einstimmig abgibt, muß es den christlichen Arbeitervertretern unbenommen bleiben, in bestimmten Fällen eine größere Rücksicht auf die von ihnen mitgeschaffene christliche Gewerkschaftsbewegung zu nehmen, als die Partei, denen sie angehören, nehmen zu können glaubt. Auf dieser Auffassung müssen wir bestehen bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß dann einzelne Parteimitglieder glauben sollten, sich nicht entschließen zu können, christliche Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufzunehmen. Wenn in manchen Parteien der Zeitpunkt der Praktizierung dieser Auffassung noch verfrüht erscheint, dann lieber keine christlichen Arbeiterabgeordneten als solche, die von Fraktionswegen zu Handlungen gebrängt werden, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Lande die Position anstatt erleichtert, weiter erschwert. Die Schwierigkeiten, die die christliche Gewerkschaftsbewegung durchzulämpfen hat, sind gerade groß genug, als daß diese sich den Luxus gestatten könnten, durch ihre führenden Kräfte in den parlamentarischen Körperschaften sich neue Hindernisse bereiten zu lassen. Das schien uns notwendig zu sagen mit Rücksicht auf die Preßberichterungen, die kürzlich an einen bestimmten Einzelfall anknüpften.

**Ein Hilferuf aus den Kreisen der Gießereibesitzer.**

Schon für manches Gewerbe ist die Schmutzkonturrenz der Wirtengel gewesen. Auch die Gießereien leiden schwer darunter. Nicht die „Verminderung durch die Arbeiterorganisationen“ oder die „hohen Löhne“, wie manche Scharmacher der Deffentlichkeit gern vor machen möchten, sondern das gegenseitige Unterbleiben der Gießereibesitzer selbst hat diesen Gewerbezwweig glücklich auf den Hund gebracht. Gut ist's und der erste Schritt zur Besserung, wenn die Unternehmer das allmählich selbst einsehen lernen. Und hier und da kommt man allmählich zur Besinnung und hält innere Einkehr. Davon zeugt eine längere Abhandlung über die gegenwärtige traurige Lage der deutschen Gießereien in Nr. 23 der „Eisen-Zeitung“ aus der Feder eines Gießereibesizers: „Ein offenes Wort an die deutschen Gießereien“. Von Theodor Löhe, Hennes (Sieg). Der Verfasser betont zunächst, daß das deutsche Gießereiwesen ein trauriges Dasein friste und einer fundamentalen Ummwälzung bedürfe. Heute im Besitze einer Stiejerlei sein, hieße sich langsam zu Tode ärgern, jammert er dann weiter. Feinde von innen, Feinde von außen, und keine leichten Feinde. Die Gießereibesitzer müßten sich begnügen, wenig oder gar nichts zu verdienen, wenn sie einigermaßen friedlich leben wollen. Das klinge zwar übertrieben pessimistisch, sei aber nackte Tatsache.

Und der Grund dieser traurigen Lage? Das gegenseitige Unterbleiben. Damit kommt der Verfasser des Klagerufs auf den Kern der Sache, indem er wörtlich weiter schreibt:

Keine Einheitspreise ohne Einheitslöhne und Einheitsakkorde. Geht das Bestreben dahin, die Einkaufspreise der Rohmaterialien sowie die Verkaufspreise der fertigen Erzeugnisse zu vereinheitlichen, so müssen auch die Lohn- und Akkordverhältnisse für die Arbeiter, welche die Erzeugnisse herstellen, einheitlich sein. Eine dauernde Durchführung der Einheitspreise läßt sich gar nicht denken ohne Einheitslöhne und -Akkorde. Und nur die hierin herrschende Verschiedenheit und Uneinigkeit verhindert eine solche. Solange Lohn- und Akkordpreise in den Gießereien große Verschiedenheit aufweisen, solange macht der eine die, der andere jene Preise. Wer geringe Löhne bezahlt, hat es leicht, demjenigen die Preise zu verberben, der mit hohen Löhnen rechnen muß. Wieder andere Gießereien jagen durch ihre unvernünftigen und sinnlosen Preise den Kunden das Geld in die Tasche, verhirzen sich selbst den Verdienst, der ihnen doch mit Recht zuläme, und zwingen die Konkurrenz, ähnliche Schundpreise zu machen. Und die Kunden freuen sich über nichts mehr, als wenn sich die Gießereien ordentlich in den Haaren liegen.

Eine grundsätzliche Verschiedenheit der Lohn- und Akkordpreisen in den Gießereien ist daher die innere Krankheit derselben, die Quelle unendlichen Verrgers der Gießereileiter, weil die kontinuierliche Ursache von Unzufriedenheit und Streikgelüsten unter den Arbeitern. Dieses sind die inneren Feinde. Und unter deren Folge, nämlich der gänzlichen Unzufriedenheit der Gießereiarbeiter, haben die Gießereibesitzer empfindlich zu leiden.

Wer will es leugnen? Und wer möchte nicht geordnete Zustände herbeigeführt sehen, die ein friedliches Verhält-

mit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Folge haben? Sehen wir uns die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten an. Mit dem gewaltigen Aufschwung des deutschen Gießereilebens geht eine wachsende Dissonanz im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand. Es gibt wohl keine Fabrikbetriebe in Deutschland, in welchen derartige Mißverhältnisse in annähernder Weise zu finden sind, als in den Gießereibetrieben.

Läßt sich denn eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse wirklich nicht durchzuführen, da doch so manche Schäden offen zutage liegen und wohl beseitigt werden könnten, wenn hierzu ein einheitlicher Wille vorhanden wäre. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen gemeinsam arbeiten, einer für alle, alle für einen. So ist es von Gott gewollte Weltordnung. Der gewaltige Mechanismus der Industrie macht eine steigende Entwicklung des deutschen Gießereilebens zur notwendigen Folge. Tausende Industrielle sind u. und sind in ihre Existenz in der Gießerei, wahrlich keine leichte Existenz. Hunderttausende Arbeiter sind auf Beschäftigung in den Gießereien angewiesen. Und dennoch diese schreiende Dissonanz. Welch ein erbitterter Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in vielen Gießereien, der im Grunde genommen doch nur von einem ganzen Nationalkönig von Mißverständnissen und Unkenntnissen her Dinge herührt, wie sie durch die heutigen Verhältnisse gegeben sind, während doch ein friedliches Verhältnis gemeinsamer, fruchtbringender Arbeit selbstverständlich wäre und wohl gedacht werden könnte, wenn die Grundlagen hierzu vorhanden wären.

In allen industriellen Unternehmungen soll ein jeder eine seinen Leistungen entsprechende Einnahme finden. Der Fabrikant und Geschäftsinhaber, den die volle Verantwortung für sein Unternehmen trifft, der mit seinem Kapital und mit seiner Person für dasselbe haftbar ist, der so und jodel Familien die Möglichkeit einer Existenz gibt, muß doch ganz selbstverständlich eine dieser seiner Stellung als Haupt des Ganzen würdige Einnahme aus seinem Unternehmen erzielen können. Findet er diese nicht, lassen Arbeits- und Lohnverhältnisse oder irgend welche anderen Ursachen eine solche nicht zu, so ist ein derartiges Unternehmen ein Un Ding, ein Mißverhältnis ohne Gleichen. Es ist völlig widerständig und unsinnig, seine Arbeitskraft umsonst zu verschwandeln und dabei noch einer Menge Familien das Brot zu geben. Wer einen Betrieb hat, der dauernd unrentabel ist, schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn er ihn nicht heute schon schließt, es sei denn, er wisse Mittel und Wege zur Abhilfe.

Aber auch der Beamte und Arbeiter muß mit seiner Familie leben und bestehen können. Auch er muß eine seinen Leistungen entsprechende Einnahme finden können, und findet er diese nicht, so ist das wieder ein Mißverhältnis, das einer Veränderung bedarf. Und hier kommen wir zu dem Kapitel Lohnforderungen, berechnigte und unberechnigte Lohn- und Akkordforderungen von Seiten der Arbeiter.

Eine jede Leistung des Arbeiters, welche dessen Zeit und Kraft im Dienste seines Brotherrn in Anspruch nimmt, soll und muß eine entsprechende Vergütung finden, eine Vergütung, die sich auf Heller und Pfennig berechnen läßt, und die im vollen Einklang steht mit Einkauf und Verkauf der Ware, im Einklang mit den bestehenden Verhältnissen, der gesunden Entwicklung des einzelnen Geschäftsbetriebes sowie der ganzen Industrie.

Demgegenüber finden wir aber viel häufiger schrankenlose, gewalttätige und geradezu unsinnige Forderungen von Seiten der Arbeiter, welche im öffentlichen Interesse der Fabrikanten, der Beamten, ja der Arbeiter selbst unbedingt und mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen: Forderungen, welche einzelne Betriebe sowie ganze Industrien völlig vernichten und unmöglich machen können, weil sie dem gesunden Menschenverstand widersprechen und in keinem Verhältnis mehr stehen zu der Leistung des Arbeiters, zu Einkauf und Verkauf der Ware und den erzielten Preisen, Forderungen, die in der sozialen Frage die größte Rolle spielen und zur Verschärfung derselben immer wieder fast ausschließlich beitragen. Das wissen doch die deutschen Eisengießereien, sie haben es zur Genüge erfahren, sie haben genug darunter gelitten. Und warum das? Weil es in der Lohn- und Akkordfrage in den deutschen Gießereien an einer einheitlichen Übereinstimmung fehlt, und diese muß kommen, wenn die inneren Zustände derselben eine kräftige Besserung und Gesundung erfahren sollen. Und diese soll den Zweck haben, für den Arbeiter die Grenzen seiner Lohn- und Akkordforderungen zu bestimmen, wie sie die bestehenden Verhältnisse zulassen.

Wie kann der Arbeiter aber diese Grenzen einhalten, wenn er dieselben nicht kennt, wie kann er sie kennen, so lange eine einheitliche Grundlage in der Lohn- und Akkordfrage nicht vorhanden ist, wenn die eine Firma für irgendwelche Arbeit eine bestimmte Summe mehr bezahlt als eine andere Firma für dieselbe Arbeit. Denn daß dies der Fall ist, weiß doch jeder, und die Arbeiter wissen es erst recht. Und da ist es doch ganz klar, daß sie denken müssen, sie seien der Willkür ihres einzelnen Brotherrn unterworfen und kommen zu dem Schluß, da sei es selbstverständlich, ja im Interesse ihrer Familien Pflicht, einen Gesamtdruck auszuüben durch ihre Lohnforderungen auf den, der doch schließlich in eigenmächtiger Weise sich durch seine Arbeiter zu bereichern suche.

Hierzu werden die Arbeiter durch gewissenlose (?) Agitatoren noch aufgereizt und aufgeschwelen, und dann sind Situationen, wie sie im Gießereileben an der Tagesordnung stehen, schnell gegeben. Sehen dann, wie es häufig vorkommt, unnütze Lohnforderungen durch, und ist das Geschäft in kurzer Zeit ruiniert, so sind doch meist die Arbeiter selbst die Verzagten. Sie werden arbeitslos, und da die Arbeiter durchschnittlich von der Hand in den Mund leben, so wird die Familie des Arbeiters schnell brotlos und dann ist das soziale Elend da. Die Schuld wird dann auf den geschoben, den sie nicht trifft, dafür sorgen wieder die blinden Blindenleiter, die auch im Reichstag sitzen, die Totengräber des Volkes, welche vorgeben, das Wohl des Proletariats im Auge zu haben, während sie doch Massen-graber für das Volk graben. Hieraus ist ersichtlich, daß eine Vereinheitlichung der Lohn- und Akkordfrage zur Notwendigkeit wird, und diese Vereinheitlichung wird und muß

mit den Jahren kommen. Dann werden die einzelnen Geschäfte, die einzelnen Gießereien weniger Schwierigkeiten und enger innerer Differenzen ausgesetzt sein und Einzelstreik leichter vermieden werden können, und das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird sich einfacher und erfreulicher gestalten. Oder läßt sich diese Möglichkeit der Einheitslöhne und Akkorde nicht denken? Gewiß ebensowohl wie diejenige der Einheitspreise, ja sie kann aus diesen ausgearbeitet und tabellarisch festgelegt werden.

Das deutsche Gießereileben muß doch aus den inneren Krisen, in denen es steckt, herauszukommen suchen, wenn es nicht schwereren entgegensehen oder dieselben heraufbeschwören will. Ich zweifle nicht, daß alle diejenigen, welche mit mir den Wunsch hegen, eine innere Gesundung des deutschen Gießereibetriebes herbeigeführt zu sehen, sich meinen Ausführungen in der Hauptsache anschließen werden.

Soweit die Ausführungen des Gießereibesizers, denen die Redaktion der Eisen-Ztg. noch folgendes hinzusetzt:

Die Anregungen, welche Herr Löhe in Vorstehendem gibt, sind schwerwiegend genug, um eingehend geprüft und erörtert zu werden. Wir stellen deshalb die im Text ausgesprochenen Fragen zur Diskussion und erwarten gern, daß auch andere erfahrene Gießereibesitzer sich hierzu äußern, denn nur durch gründlichen Austausch der Ansichten dürfte die dringend nötige Klärung dieser trübten Verhältnisse herbeizuführen sein.

Abgesehen von den Schorfmachern und Ausfällen gegen die „gewissenlosen Agitatoren“ wird auch der gewerkschaftlich organisierte Gießereiarbeiter der Grundtendenz der vorstehenden Ausführungen zustimmen können. Aber, warum bleibt Herr Löhe denn mit seinen Verbesserungsvorschlägen auf halbem Wege stehen? Es sind gewiß sehr erfreuliche Zeichen, wenn ein Unternehmer die Worte öffentlich wiedererleidet, durch Einheitslöhne würde sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einfacher und friedlicher gestalten. Dieses Ziel wird aber ohne Mitwirkung der Arbeiter, d. h. ihrer Organisationen, gar nicht praktisch zu verwirklichen sein. Die organisierten Arbeiter wollen doch einheitlichere Löhne durch den Abschluß von Tarifverträgen herbeiführen und wer war es, der bis heute diese Bestrebungen mit allen Mitteln, oft mit brutaler Gewalt zu unterdrücken versucht hat? Doch nur die Unternehmer selbst! — Nach bei der Bewegung der Gießereiarbeiter im Frühjahr 1906 haben die führenden Schorf-macher im Gießereigewerbe erstaunliche Proben dieser Taktik abgelesen.

Und heute erschallen die Hilferufe nach Einheitslöhnen aus den Kreisen der Unternehmer selbst, weil ohne diese Erfüllung einer alten Arbeiterforderung das Gewerbe dem Ruin entaasentreibt. Das sind Wandlungen, die zwar dem weitblickenden Arbeiter nicht übersehen kommen, die aber manchem „Herrn im Hanse“ äußerst peinlich sein werden. Deshalb getraut sich auch der Verfasser vorstehender Ausführungen wohl nicht, das Kind offen beim Namen zu nennen und zu sagen: Wir müssen, um den Krebschaden der Schmutzkonkurrenz einzudämmen und das Gewerbe wieder zu heben, die Arbeiterorganisationen anerkennen und Tarifverträge mit Einheitslöhnen mit ihnen abschließen, weil auf anderem Wege eine Reform der gegenwärtigen trostlosen Lage nicht möglich ist.

So und nicht anders kann die logische Schlussfolgerung der Ausführungen des Herrn Löhe in der Eisen-Zeitung lauten. Die kleineren Gießereibesitzer würden — der Not gehorchend, wenn auch nicht dem eigenen Triebe — gewiß damit einverstanden sein. Ob aber auch die „Großen“ unter den Gießereien sich schon so weit sozial gemauert haben, wird vielleicht die von der Red. der Eisen-Zeitung gewünschte Diskussion über die angeknüpfte Frage ergeben. Jedenfalls werden die einsichtigen Unternehmer bei ihrem Bemühen, das Gewerbe zu heben und die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, in den Arbeiterorganisationen keinen Hemmschuh, sondern eifrige Förderer und ehrliche Mitarbeiter finden. Von unserm christlichen Metallarbeiterverbande kann das wenigstens freimütig gesagt werden.

An alle unorganisierten Arbeiter in den Gießereien aber sei der Ruf zum so- und sozialstenmale gerichtet: Lebt nicht mehr gedankenlos in den Tag hinein, sondern schließt Euch baldigst der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband an. Die nächste Zeit wird jedenfalls für die Gießereiarbeiter hochwichtige Entscheidungen bringen.

### Aus dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1907

Eine Fülle anregenden Materials enthält wiederum der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion. Oftmals sind die Leitungen der Ortsgruppen um einen Referenten verlegen, oder aber um Material hierzu. Da greife man nach einem solchen Bericht, damit lassen sich mehrere Versammlungen ausfüllen, zugleich die Gewähr bietend, daß der Verkauf immer ein interessanter wird. Es seien hier nur die für uns wichtigsten Daten neben einigen besonders bemerkenswerten Einzelheiten aus dem Bericht für das Jahr 1907 wiedergegeben.

1. Stufe 40 Pfg. Beitrag, Streit-, Maßregelungs-  
unterstützung, Sterbegeld und Rechtsschutz.

II. Klasse 50 Pfg. Wie in der I. Klasse, dazu Um-  
lags- und Wanderunterstützung.

Außerdem Erwerbslosenunterstützung nach einer  
Mitgliedschaft von

	pro Tag	pro Woche	
52 Wochen	0,50 Mk.	3,00 Mk.	
56 "	0,60 "	3,60 "	
60 "	0,70 "	4,20 "	für 20 Wochen
74 "	0,80 "	4,80 "	
88 "	0,90 "	5,40 "	
100 "	1,00 "	6,00 "	

III. Klasse 60 Pfennig Beitrag. Unterstützungen  
wie bisher, Erwerbslosenunterstützung nach einer Mit-  
gliedschaft von

	pro Tag	pro Woche	
52 Wochen	1,00 Mk.	6,00 Mk.	
56 "	1,10 "	6,60 "	
60 "	1,20 "	7,20 "	für 20 Wochen.
74 "	1,30 "	7,80 "	
88 "	1,40 "	8,40 "	
100 "	1,50 "	9,00 "	

Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei dieser Fest-  
setzung die Krankenunterstützung schon nach der ersten  
Woche gezahlt werden kann, allerdings erst nach einer  
genauen Berechnung, an Hand des an der Kasse  
vorhandenen Materials dieses Unterstützungszweiges.  
Notwendig ist es allerdings nicht. Der Vorschlag des  
Kollegen Kreil ist mir sehr sympathisch, er will den  
weiteren Ausbau des Unterstützungswesens den lokalen  
Verwaltungen überlassen; das könnte geschehen und  
würde dadurch den lokalen Bedürfnissen Rechnung ge-  
tragen. Hoffentlich wird die Generalversammlung  
schon das Rechte treffen, dessenungeachtet dürfte eine  
eingehende Diskussion im Verbandsorgan ganz ange-  
bracht sein.

E. Weinbrenner. Samm i. W.

II.

Augenblicklich werden in allen Ortsgruppen unse-  
res Verbandes Vorschläge ventiliert, die unserer Gene-  
ralversammlung als Richtschnur dienen sollen. Es  
ist ohne weiteres klar, daß er am erfolgreichsten ope-  
riert, der nur möglichst hohen Unterstützungen das  
Wort redet, obwohl die Deckungsfrage Vorbedingung  
zur Erfüllung ersterer Frage sein muß.

Unsere Metallarbeiter sind, was Opferwilligkeit  
anbelangt, immer mit an erster Stelle marschiert,  
dieses muß von jedem zugegeben werden. Aber auch  
keine Organisation, außer den Bergarbeitern, hat mit  
einem so hartnäckigen Unternehmertum zu rechnen, als  
gerade die Metallarbeiter und besonders unser christ-  
licher Metallarbeiterverband, der an erster Stelle und  
am erfolgreichsten für die bedrückten Hüttenarbeiter  
eingetreten ist. Betrachten wir die Bauhandwerker,  
Holzarbeiter, Schneider, Anstreicher usw., alle diese  
Berufe können heute mehr oder weniger schon auf  
Tarifabschlüsse über ganz Deutschland zurückblicken.  
Uns wird dieses noch gewaltige Kämpfe und Opfer  
verursachen, ehe wir unsere Metallindustriellen zu  
diesem Gedanken gebracht haben.

Wollen wir diesen Ideen praktische Gestalt ver-  
leihen, so ist unbedingt eine größere Opferwilligkeit  
notwendig. Es darf nun nicht verkannt werden, daß  
es auch bei der Opferwilligkeit eine Grenze gibt und  
nach meiner subjektiven Auffassung ist dieses bei einem  
Teile unserer Kollegen, nämlich den am schlechtest ge-  
lohten, schon der Fall und da ist es, wie auch im  
politischen Leben angebracht, die Parole zu besorgen:  
Rehr Belastung der kräftigen Schultern. Dieses kön-  
nen wir erreichen, indem wir Staffelbeiträge  
introduzieren.

Vorweg möchte ich bemerken, daß ich gar nicht  
die Schwierigkeiten verkenne, die mit Einführung die-  
ses Beitragsystems verbunden sind. Hier gilt aber  
auch das Wort: Schwierigkeiten sind dazu da, um sie  
aus der Welt zu schaffen.

Wollen wir nicht einen neuen Stand im Arbeiter-  
stand schaffen, so haben wir doch kurz oder lang mit  
Staffelbeiträge zu rechnen. Betrachten wir nur die  
Lohnverhältnisse in der schweren Industrie. Dort sind  
Lohnunterschiede für Verheiratete zwischen 10-30 und  
6 Mark pro Lohnperiode keine Seltenheiten. Dieses  
rißt auch in der Modeindustrie und im Kleingewerbe  
u. ganz abgesehen von den Verhältnissen in Schlesien,  
und andern Orten. Wollen wir, wie schon gesagt, die  
untersten Stufen unserer Arbeitskollegen nicht von  
uns abstoßen, so müssen wir Staffelbeiträge einführen.

Man wird mir entgegenhalten, daß diese Kate-  
gorie von Arbeitern sich bis jetzt trotz der niedrigen  
Beiträge noch nicht unserm Verbands angegeschlossen und  
dieses es doch gerade am allernotwendigsten hätten. Letz-  
teres muß unbedingt zugegeben werden, aber auf  
einen Fall rechtfertigt das eine Taktik, womit wir in  
Zukunft diesen Leuten die Möglichkeit rauben, sich  
unserm Verbands anzuschließen.

Aus allen diesen angeführten Gründen erlaube ich  
mir daher, einen Staffelbeitrag von 4 Stufen und  
war folgender Weise vorzuschlagen.

I. bei einem Tageslohn bis zu 3,20 Mk. 50 Pfg. pr. Woche	
II. " " " von 3,20 " - 5,20 Mk. 60 Pfg.	
III. " " " " 5,20 " - 7,20 " 70 "	
V. " " " " über 7,20 " 80 "	

Selbstverständlich habe ich nun konstante Ver-  
bandsbeiträge hier im Auge. Die Lokalschläge sind  
extra für alle Stufen zu zahlen. Die Unterstützungen  
bleiben wie in unserem heutigen Statut bestehen mit  
der Abänderung, daß in der

II. Klasse bei 52 Wochenbeiträge die Erwerbs-  
und Krankenunterstützung sich pro Tag um 10 Pfg.,  
pro Woche um 50 Pfg. und jedes weitere Jahr um 50  
Pfg. pro Woche zu erhöhen.

III. Klasse gegenüber der ersten Klasse pro Tag  
20 Pfg., pro Woche 1,00 Mk., und jedes weitere Jahr  
pro Woche um 1 Mk. erhöhen.

VI. Klasse dasselbe Verhältnis pro Tag 30 Pfg.,  
pro Woche 1,50 Mk., jedes weitere Jahr um 1,50 Mk.  
pro Woche erhöhen.

Der § 7, Absatz 3, bleibt bestehen mit der Abände-  
rung, daß die Höchstsumme der Unterstützung beträgt:  
bei einer Mitgliedschaft in der

II. Klasse von 52 Wochen	130 Mark
" 104 "	150 "
" 156 "	170 "
" 208 "	190 "
" 260 "	210 "

III. Klasse von 52 Wochen	140 Mark
" 104 "	160 "
" 156 "	180 "
" 208 "	200 "
" 260 "	220 "

IV. Klasse von 52 Wochen	150 Mark
" 104 "	170 "
" 156 "	190 "
" 208 "	210 "
" 260 "	230 "

Des weiteren betrachte ich es als selbstverständ-  
lich, daß auch die Streitunterstützung angemessen er-  
höht wird, denn dieses bedingt schon die bessere Lebens-  
haltung der in Frage kommenden Arbeiter. Es wird  
für eine Familie sehr schwer, die höheres Einkommen  
gewohnt war, jetzt mit einem Schlage nun mit einer  
kleineren Unterstützung auszukommen.

Auch hierbei soll der § 11 unseres Statuts maß-  
gebend sein für die erste Klasse.

II. Klasse bei einer Mitgliedschaft von über 26  
Wochen pro Woche 14 Mark für jedes sind 1,00 Mk.,  
bis zur Höchstsumme von 19 Mk. pro Woche.

III. Klasse bei der gleichen Mitgliedschaft 15 Mark  
bis zur Höchstsumme von 20 Mark pro Woche.

VI. Klasse desgleichen pro Woche 16 Mark bis  
zur Höchstsumme von 21 Mark die Woche.

Diese Unterstützungsätze verstehen sich für Ver-  
heiratete.

Für Unverheiratete würde ich sie wie folgt vor-  
schlagen:

In der I. Klasse	12 Mark
In der II. Klasse	13 Mark.
In der III. Klasse	14 Mark.
In der IV. Klasse	15 Mark.

Somit wären die ganzen Unterstützungsätze er-  
höht, da ich die übrigen Unterstützungen für hoch genug  
ansehe.

Nach meiner persönlichen Auffassung würde unser  
Verband durch Einführung der Staffelbeiträge und  
diese Unterstützungsätze in der Lage sein, das Haupt-  
ziel, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bessern,  
eher zum Durchbruch zu verhelfen. Auch wäre hier den  
opferwilligen Kollegen die Möglichkeit geschaffen, sich  
einer höheren Lohnklasse anzuschließen. Das ganze  
würde zum Wohle des Verbandes und der Kollegen  
beitragen.

Gewerkschaftliches.

Unterdrückung des Koalitionrechts,

ob es nun Arbeiter, Werks-, oder Bureaubeamte aus-  
üben, das ist die wichtigste Aufgabe der Unternehmer-  
organisationen. Jetzt geht es den Beamtenorganisationen  
an den Kragen. Wie die Zeichenbesitzer den Verband  
der Steiger fortwährend zu erdroffeln suchen, so jetzt der  
Verband bayrischer Metallindustrieller die Beamten- und  
Kaufmannsgehilfenorganisationen. Durch die arbeiter-  
freundliche Tagespresse wurde in den letzten Tagen fol-  
gendes Geheimzirkular an die Öffentlichkeit gebracht:

„Streng vertraulich! Nürnberg, 3. Juni 1908.

An die Mitglieder  
des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung  
vom 21. Mai 08 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Bestrebungen des Bundes  
Technisch-Industrieller Beamter Stellung in der Art ge-  
nommen, daß nach Möglichkeit auf Reduzierung der in  
den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt  
wird; insbesondere sind bei Neuaufnahmen Erkundigungen  
nach der Angehörigkeit zu diesem Bunde anzustellen und  
haben Neuaufnahmen für diesen Fall zu unterbleiben.

Ferner wird ein Antrag an den Gesamtverband deut-  
scher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemein-  
samer Maßregeln mit tunlichster Beschleunigung einzu-  
treten und schon jetzt seinen Mitgliedern die gleiche  
Stellungnahme wie oben bezeichnet zu empfehlen. In  
dieser Richtung ist auch auf den Verein deutscher Arbeit-  
geberverbände einzuwirken.

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehen-  
den kaufmännischen Organisationen eingenommen werden:

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Hamburg, 1888er Verein für Handlungsgehilfen, Hamburg, Verein Deutscher Kaufleute, Berlin, und Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jetzt schon eine Ausmerzung der Mitglieder aus den Beamten der einzelnen Werke angestrebt werden.

Die Gründe, welche den Vorstand veranlassen, in dieser Weise gegen die Organisation der Angestellten Stellung zu nehmen, ergeben sich aus dem anliegenden Schreiben. Aus den Verhandlungen erlauben wir uns noch anzuführen, daß in der Sitzung festgestellt wurde, daß mit diesen Anträgen der Verband in erster Linie seine Stellung zu den Organisationen der Angestellten dokumentieren wolle, daß aber ein ausgeprägter Zwang auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden soll. Es wurde aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse im Sinne des Antrages vorgehen werden.

Nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Beamten und Bureauangestellten soll der Zusammenschluß durch die Schärfermacher verweigert werden, während sie selbst die weitgehende Koalitionsfreiheit für sich in Anspruch nehmen und auch praktisch ausnützen. Mander jetzt in seinem Koalitionsrecht bedrohte Beamte hat vielleicht früher ähnlich gegenüber dem Arbeiter gehandelt, wenigstens Handlangerdienste zur Niederhaltung der Arbeiterorganisationen geleistet. Jetzt kommt er selbst an die Reihe. Das Schärfermachertum kennt eben keine Rücksichten, wenn es den Profit und den Herrn im Hausstandpunkt zu wahren gilt. Mögen die Werks- und Bureaubeamten aus diesen Vorgängen die richtigen Lehren ziehen, d. h. in Zukunft nicht mehr mit den Schärfermachern gegen die Arbeiter wühlen, sondern entweder mit den letztern als natürliche Bundesgenossen zusammenstehen oder sich wenigstens neutral verhalten.

Die öffentliche Meinung sieht selbstverständlich in dieser Sache auf Seiten der in ihrem natürlichsten Recht bedrohten Beamten und Handlungsgehilfen. Die „Soziale Praxis“ schreibt zu dem Geheim-Schärfermacher-Erlaß folgendes: „Die Metallindustriellenorganisation bezweckt also nichts mehr und nichts weniger als die Protokollmachung von etwa 15000 organisierten Technikern und von 30000 organisierten Handlungsgehilfen. Der Gehalt ist so ungenügend, daß man den bayerischen Metallindustriellenverband nur bedauern kann, daß er sich als Resonanzboden für derartigen Zäarenwahnsinn hergeben hat. Die Organisation der Techniker und Handlungsgehilfen aber muß man zu dieser Reklame beglückwünschen.“

**Internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer.**

Vom 2. bis 5. August tagt im Kasino, Zürich III (Schweiz) eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer aus den verschiedensten Ländern, in denen bereits christliche Gewerkschaften eingeführt sind. Die Anregung zu der Konferenz ging von dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands aus. Schon vor 4 Jahren wurde auf dem 5. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Essen die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung anerkannt und der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mit den erforderlichen Vorarbeiten beauftragt. In der Zwischenzeit sind in den verschiedenen Ländern eine Anzahl Neugründungen von christlichen Berufsorganisationen erfolgt, so daß jetzt der Zeitpunkt zur Anberaumung dieser Tagung gekommen zu sein scheint. Alle größeren Organisationen der christlichen Arbeiter, deren Adressen dem Vorstande des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bekannt waren, stimmten, um ihre Meinung befragt, der Anberaumung der Konferenz zu. Die Verhandlungsgegenstände ergeben sich aus folgender Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern. 2. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit internationaler Bewegungen und Gründung eines internationalen Sekretariats. Referent: René Debruyne (Gent (Belgien)). Korreferent: G. M. Schiffer-Düsseldorf (Deutschland). 3. Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart. Referent: J. Giesberts-M.-Glabach (Deutschland). 4. Die organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten. Referent: Franz Spalowski-Wien (Oesterreich). Korreferent: Hermann Vogelhang-Essen (Deutschland). 5. Internationale Konferenzen der einzelnen Berufsverbände.

Anmeldungen zur Besichtigung der Konferenz sind an H. Stegerwald, Wien (Deutschland), Palmstr. 14, zu richten, von wo aus jedwede Auskunft erteilt wird. Die Adresse des Ortskomitees, an das Anträge betr. Beschaffung von Wohnungen und sonstiger örtlicher Angelegenheiten zu richten sind, ist: Otto Lanber, Arbeitersekretär Zürich III (Schweiz), Notwandstr. 50.

**Der Verband christlicher Bäcker und Konditoren und verw. Berufe**

steht an den beiden Pfingsttagen im Evangl. Vereinshaus in Essen seinen IV. Verbandstag ab. Als Vertreter

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften war Kollege Triquardt-Köln anwesend. Unter den Teilnehmern befanden sich auch zum ersten Male zwei weibliche Delegierte. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl heute zirka 800 beträgt, hat sich mithin seit dem III. Verbandstage verdoppelt. Es sind dabei besonders zu berücksichtigen, daß im Bäcker- und Konditorgewerbe ungeheuer schwierige Organisationsverhältnisse bestehen.

Während der Berichtsperiode hat der Verband sich nach Kräften für die Interessen der Arbeiterschaft bemüht. In verschiedenen Orten und Betrieben wurden Lohnerhöhungen und Arbeitsverkürzungen erzielt, unter anderem auch durch Abschluß von Tarifverträgen; Lohnerhöhungen und Arbeitsverkürzungen soweit sie durch den Verband allein, d. h. ohne Mitwirkung anderer Verbände, für die Arbeiterschaft erzielt wurden, betragen insgesamt rund 35000 M. Lohnerhöhung und 130000 Stunden Arbeitsverkürzung pro Jahr. Die Erfolge sind also im Verhältnis zur Größe des Verbandes sehr bedeutend.

Den wichtigsten Punkt der Beratungen bildete un- zweifelhaft der von mehreren Seiten gestellte Antrag, den Verband auf eine breitere Grundlage zu stellen, welcher nach lebhafter Debatte einstimmige Annahme fand. Der Name des Verbandes lautet fortan: „Zentralverband der Nahrung- und Gemüsmittelindustrie Deutschlands“ (Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.) Die Adresse der Geschäftsstelle des Verbandes lautet: Christian Schmitz, Düsseldorf 42, Hüttenstr. 24 I. Für die einzelnen Berufsarten werden Abteilungen gebildet.

An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages werden Staffeltbeiträge eingeführt. Entsprechend der Beitragsstaffelung wurde auch das Unterstützungswesen ausgebaut und darf deshalb wohl als ein mittergütiges bezeichnet werden. Von den Unterstützungsarten ist eine durch den jetzigen Verbandstag neuerschaffene bemerkenswert, welche nur für weibliche Mitglieder in Frage kommt. Es ist dies eine Beihilfe zur Aussteuer. Selbst mir anheftig, wenn ein Mitglied in den Stand der Ehe eintritt. Diese Unterstützungsart dürfte in der Gewerkschaftsbewegung vollständig neu sein.

Die Zahlstellen des Verbandes werden aus eigenen Mitteln für die nächste Zeit einen Platzationsbeamten freistellen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

**Der Zentralverband christl. Keramarbeiter**

hielt während der Pfingsttage seine dritte Generalversammlung in München ab. Aus kleinen Anfängen hat sich der Verband 1902 mit 400 Mitglieder gebildet. Jetzt zählt er mehr als 10 000 Mitglieder; die sich über ganz Deutschland verteilen. Die Einnahmen sind auf 131 000 M. gestiegen, denen 52 000 M. Ausgaben allein für Streiks und Aussperrungen gegenüberstehen. Das Vermögen hat sich mehr als verdoppelt. 203 Lohnbewegungen mit 6227 beteiligten Arbeitern hat der Verband in der Berichtszeit geführt. 69 Streiks und 12 Aussperrungen durchgeführt. Lohnerhöhungen von 520 000 M. und eine Arbeitsverkürzung von 30 500 Stunden pro Jahr sind die Frucht dieser Bestrebungen. Dazu die zahlreichen sonstigen materiellen und geistigen Vorteile, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen. Betrugen die Beiträge bisher 20, 30 und 40 Pfg. pro Woche, so würden jetzt solche von 30—80 Pfg. pro Woche eingeführt. Die finanzielle Stärkung ermöglichte auch die Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Die Ausgestaltung und baldige Stägige Herausgabe des Verbandsorgans wurde beschlossen und ein eigener Redakteur angestellt. Der bisherige verdienstvolle Leiter, Herr A. Lechner-Köln, wurde einstimmig zum Verbandsvorsitzenden wiedergewählt. Der Verbandstag hat den Verband innerlich gefestigt und dadurch die berechtigten Hoffnungen erweckt, daß die bisherige schöne Entwicklung auch in Zukunft anhalten wird.

**Der Hirsch-Dunkersche Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter**

hat in der Pfingstwoche in Berlin seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Das bemerkenswerteste der Tagung war, daß sie hinter streng verschlossenen Türen stattgefunden hat. Unser Kollege Winter, der den Verhandlungen betwohnen wollte, wurde nicht zugelassen. Anzudeutend konnten die Verhandlungen das Licht der Öffentlichkeit nicht strahlen. Gemäß hat jede Organisation auch einige interne, für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Fragen auf einer Generalversammlung zu erledigen; aber das kann doch immerhin in einem halben oder ganzen Verhandlungstage geschehen. Die Praxis des H.-D. Gewerbevereins aber, die Öffentlichkeit ganz auszuschließen, war bisher in keiner größeren Organisation üblich und läßt für die Zustände im H.-D. Verband tief blicken.

Der „Regulator“, das Organ dieses Verbandes scheint sich übrigens auch recht sonderbare Manieren an-

zulegen zu wollen. Dieses Blatt hat bekanntlich den Kägenartikel der sozialdemokratischen Presse über die Selbsttaten der paar Duertreiber in der Ortsgruppe Nachen I in seiner Nr. 22 vom 29. Mai wörtlich abgedruckt, von der aber schon am 22. Mai in der „Rhein. Ztg.“ veröffentlichten Berichtigung des Verbandvorsitzenden Wleber keine Silbe erwähnt. Daraufhin ging dem „wahrheitsliebenden“ Regulator unterm 1. Juni ebenfalls eine Berichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu, die das Hirsch-Dunkersche Blatt aber weder in seiner Nr. 23 vom 5. Juni, noch in der Nr. 24 vom 12. Juni gebracht hat. Der „Regulator“ scheint also nicht nur sehr „wahrheitsliebend“, sondern auch noch störrisch und eigenstümmig zu sein. Jetzt wird ihm durch eine andere Stelle journalistische Ehrlichkeit beigebracht und Mores gelehrt werden. Sie wollen es anscheinend nicht besser.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

**Augsburg.** Bezug von Kupferschmieden für die Augsburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

**Augsburg.** Ueber die Firma L. A. Meibinger ist die Sperre verhängt.

**Osnabrück.** Im Osnabrücker Eisen- und Stahlwerk sind infolge einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

**Geisweid.** In der hiesigen Stegerländer Herbfabrik sind Differenzen entstanden.

**Rheinberg.** In den deutschen Solway-Werken sind wegen Maßregelung organisierter Kollegen Differenzen entstanden.

**Gevelsberg.** Bei der Firma Höllen sind infolge von Lohnabhängigen Differenzen entstanden.

**Pforzheim.** Sämtliche organisierte Kollegen und Kolleginnen der Holz-Struhandbranche sind ausgesperrt.

**Regensburg.** Die hiesigen Kunst- und Bauhölzer stehen in einer Tarifbewegung.

**Mannheim.** Bei der Firma „Brown & Boveri“ stehen die Kollegen in Streik bezw. Aussperrung wegen Akkordreduzierungen.

**Zugung ist fernzuhalten.**

**Ahlen i. W.** Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emaillewertern in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir erjuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserem dortigen Verbandsvertreter zu melden.

**Bekanntmachung.**

Die Arbeitslosen-Zählkarten sind mit der vorigen Zeitungsendung allen Ortsgruppen zugegangen. Falls eine Gruppe keine erhalten hat, ist dies sofort an der Zentralgeschäftsstelle zu reklamieren. Die Karten müssen in der Zeit vom 1. bis 4. Juli genau ausgefüllt an die Zentrale eingeliefert werden.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. Juni der sechszwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 28. Juni 1908 fällig.

Die Ortsgruppen Mülheim a. Rhein und Ratingen erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg. Die Ortsgruppe Wiltich von 60 Pfg. wöchentlich.

Die Mitgliedsbeitrag hat die Entziehung statutarischer Rechte zu Folge.

**Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.** Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Zeitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Be-

weiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegen die neuen Adressenverzeichnisse bei. Dieselben sind dem jeweiligen Ausgabler der Unterstüzungen zu übergeben.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Würselen.** Ueber die imposante Versammlung am Freitagabend zu Ehren der Opfer des Landfriedensbruchs haben wir in der vorigen Nummer des Organs schon ganz kurz berichtet. Kammer sei noch etwas ausführlicher über die erhabend verlaufene Versammlung berichtet. Der Bericht des Nachener „Volkstreuend“ nennt sie eine glänzende Kundgebung der christlichen Gewerkschaftsfrage und liefert seinen ausführlichen Bericht folgendermaßen ein:

„Als wir kurz nach 9 Uhr den geräumigen Festsaal betraten, hatten sich schon zahlreiche Teilnehmer eingefunden, und anhaltend strömten neue hinzu, sodas gegen 9 1/2 Uhr der letzte Platz gefüllt war. Eine der obersten Eckschreiben war weiß gedeckt; es waren die Plätze für die Gefeierten des Tages. Bald darauf betraten die Vertreter der christlichen Gewerkschaften den Saal, und ihnen folgten, von tausendfachem Jubel und Hochrufen begrüßt, die Bekannter der christlichen Gewerkschaftsfrage.“

Welche Beachtung man dieser Veranstaltung entgegenbrachte, zeigte die zahlreiche Vertretung der Presse und die rege Anteilnahme der Behörden. Außer dem Beauftragten der Würseler Polizeibehörde war auch ein offizieller Vertreter des Landratsamtes anwesend und, wie sich später zeigte, war das Lokal außer stark von uniformierten Polizei- und Gendarmeriemannschaften „bewacht“. Die Ortspolizeibehörde hatte noch Verstärkung von auswärtig hergezogen, natürlich in höchst überflüssiger Weise, denn der bewaffnete Macht bot sich auch nicht die allergeringste Beschäftigung. Die in ihrer Pfingststimmung gestörten Beamten können sich nur schrecklich gelangweilt haben, sintemalen sie ja nicht in den Festsaal kommen durften, sondern draußen bleiben mußten. Unter diesem polizeilichen „Schutz und Schirm“ nahm dann die Versammlung einen demonstrativen, begeisternden Verlauf und wird in der Geschichte der Würseler Arbeiterbewegung und weiter darüber hinaus untergessen bleiben.

Der Vorsitzende Kollege Schmitt eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Ansprache. Er führte unter anderem aus:

Wir hatten vor, die heutige Festversammlung mit Musik und Niederburtträgen abzuhalten, aber das ist uns leider polizeilich verboten worden. Als Arbeiter gewöhnt, Disziplin zu üben, schiden wir uns daran. Ich begrüße Sie nunmehr auf das herzlichste, in erster Linie die heute auf freien Fuß gesetzten Kollegen und Kolleginnen, ferner die beiden Referenten des Abends, die Kollegen Bergmann aus Duisburg und Schmitt aus Köln sowie die Gewerkschaftsbeamten des Nachener Bezirkes, die bis auf zwei vollzählig erschienen sind. Heute gilt es, diejenigen zu feiern, die für uns drei Monate lang das Opfer der Freiheit gebracht haben. Am 6. März war es, als sich die Betroffenen wegen Landfriedensbruchs im Gefängnis stellten, und am Abend vorher hatten wir eine öffentliche Versammlung, in der der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes, Kollege Wieber, zugegen war. Damals haben wir den Verantwortlichen die Versicherung gegeben, daß deren Angehörigen niemals etwas mangeln werde.

Dank der Opferwilligkeit der Kollegen und eines großen Teiles arbeitserfreundlicher und einsichtsvoller Bürger haben wir es fertig gebracht, dieses Versprechen einzulösen. Ich danke dafür allen im Namen der Unterstüzungskommission. Als die Verantwortlichen sich am 6. März in Haft begeben hatten, wandten sich die Angehörigen einiger derselben um Unterstüzung an die dortige Gemeindeverwaltung. Dort erhielten sie zur Antwort: „Gehen Sie zum christlichen Metallarbeiterverbande, derselbe hat ja geprahlt, es solle den Leuten nichts fehlen! Erhalten Sie jedoch dort keine Unterstüzung, so kommen sie in einigen Tagen wieder.“ Am 11. März wandten sich die Unterstüzungsbedürftigen wiederum an die Gemeindeverwaltung. Dort schien man sich in der Zwischenzeit die Sache anders überlegt zu haben, denn die Antwort lautete diesmal: „Ihr sollt reichlich unterstüzte werden, aber ihr dürft dann keine Unterstüzung von seiten des Verbandes annehmen, sonst — macht ihr euch des Betruges schuldig. Daraufhin wurde den Leuten von der Gemeindeverwaltung eine Unterstüzung in Höhe von 3—21 Mark, einschließlich einer Mietentstüzung ausbezahlt.“

Hier ist wohl die Frage angebracht: welches Interesse hat die Gemeindeverwaltung an dem, was der christliche Metallarbeiterverband tun wollte? Für sie kann doch lediglich die gesetzlich zu leistende Unterstüzung der Armenverwaltung in Frage kommen! Oder befürchtete man, daß, wenn zu der gesetzlich zu leistenden Unterstüzung noch etwas durch freiwillige Sammlung hinzukäme, die Leute etwa zu üppig werden könnten? Am 14. März erschien in der Würseler Zeitung und in den Nachener Tagesblättern folgende Mitteilung:

„Die hiesige Gemeindeverwaltung hat den Angehörigen der wegen Landfriedensbruch bekanntlich seit dem 11. im Gefängnis befindlichen Personen aus unserem Ort eine Unterstüzung angewiesen.“

Wie es mit dem amtlichen Wohlwollen gegenüber den Unterstüzungsbedürftigen ausah, zeigte das oben Angeführte zur Genüge. — Inzwischen waren dank der Opferwilligkeit der christlichen Arbeiter von Stadt und Land Mittel genug vorhanden, um eine reichliche Unterstüzung auszahlen zu können, die den Angehörigen besser behagte, als die „wohlwollende“ Unterstüzung aus der Armenkasse, wenn sie prägen die erhaltenen Gelder gegen Quittung der Gemeindeverwaltung zurück.

Dassentge, was man in gewissen Kreisen träumte, ist nämlich in die Brüche gegangen. Man war dort der Meinung, unter allen Umständen müsse von der Gemeindeverwaltung Unterstüzung ausgezahlt werden, um dem Metallarbeiterverbande „eine Schlappe beizubringen“.

Wer sich bei dieser Affäre eine Schlappe geholt hat, überlassen wir dem gesunden Urteil der Öffentlichkeit. Ebenso müssen wir es der Öffentlichkeit überlassen, über diejenigen zu urteilen, welche es auch jetzt noch die aus dem Gefängnis Entlassenen fühlen lassen wollen, daß sie „Verrennmenschen“ sind, die mit Verurteilten nichts zu tun haben wollen, auch dann nicht, wenn sie wissen, daß dieselben, ohne es zu wollen, ohne es zu wissen, mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind.

Die Zurückweisung der Unterstüzung aus öffentlichen Mitteln geschah deshalb, um eine Beschneidung der bürgerlichen Rechte gegenüber den Verurteilten nicht zuzulassen, namentlich in Hinsicht auf die in diesem Jahre stattfindenden kommunalen Wahlen. Neben ermunert auch an den Kollegen, der nicht in unserer Mitte weilt, aber doch die Beschwerden einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe ebenfalls geteilt hat, unsere Kollegen Wilhelm Schmitt, der gestern nachmittag kurz nach 2 Uhr in Kattowik auf freien Fuß gesetzt wurde. Derselbe war stets ein eifriger und tüchtiger christlicher Gewerkschaftler, ein selbstloser, besonnenen Führer. Ihm ist über der Gefängnisstrafe kein anderer Gedanke gekommen, sie hat ihn vielmehr bestärkt in der Gewerkschaftsfrage, und er wird weiter arbeiten zum Nutzen des gesamten Arbeiterstandes.

Mit allgemeinem Beifall wurden diese Worte angenommen. Wie der Vertreter der Ortspolizei, Herr Verwaltungsekretär Wirth, inzwischen festgestellt hatte, besanden sich noch nicht 18 Jahre alte Arbeiter im Saale. Diese mußten auf Grund des „fortschrittlichen, freilichlichen“ (!) neuen Vereinsgesetzes den Saal verlassen.

Kollege Bergmann-Duisburg, als erster Hauptredner, begrüßte zunächst in herzlichster Weise die heute in die Freiheit Zurückgeführten. Ohne Opfer kein Erfolg, ohne Kampf kein Sieg. Es kann bei der Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes nicht be fremden, daß Opfer auf der Strecke bleiben. Wir haben uns in allen Fällen mit der Tatsache abzufinden. Die christlich-nationalen Arbeiter werden es deshalb nicht machen wie andere Kreise, die deshalb mit der Revision ihrer künftigen Bestimmung drohen. Wir sind national gesinnt, künftigen und echte Söhne unseres Vaterlandes. Es kann nicht irre machen, wenn den Arbeitern auch hier und da mal ihrer Ansicht nach Unrecht geschieht. Die Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes, seine Kämpfe und die Gleichberechtigung, haben sich bis heute in friedlichen Bahnen abgepielt, im Gegensatz zu den Emanzipationskämpfen der anderen Stände. Bei der Befreiung des Bauernstandes, wie bei der Emanzipation des brautigen Adelsstandes zur Mitte des vorigen Jahrhunderts ist das Blut in Strömen geflossen. Das Ringen und Kämpfen des machtvoll angewachsenden Arbeiterstandes nach Luft, Licht und Gleichberechtigung hat sich aber bis heute unblutig, auf friedlichen und gesetlichen Bahnen bewegt. So soll es auch weiterhin bleiben.

Die Arbeiter in Würselen haben ganz genau gewußt, was sie ihrer eigenen Ehre und der Ehre ihres ganzen Standes schuldig sind, und wenn eine Anzahl von ihnen trotzdem in die Maschen des Gesetzes hineingeraten sind, so ist das nur zu bedauern, aber sie sind nicht geächtet im Arbeiterstande, sondern sie werden hochgeachtet und von jedem rechtlich Denkenden als vom Unglück Betroffene angesehen werden. Das beweist schon der imposante Besuch der heutigen Versammlung.

Als ich erfuhr, daß die hiesige Polizeibehörde die heutige Feier durch das Verbot des Musizierens und der Vorträge eingeschränkt habe, habe ich mich gefragt, welche Vorurteile uns eigentlich aus dem neuen Vereinsgesetz entstanden sind? Meines Erachtens ist die Polizei garnicht befugt, ein derartiges Verbot auszusprechen, und der Einberufer dieser Versammlung wird es gewiß nicht unterlassen, sofort bei der höheren Verwaltungsbehörde Beschwerde einzulegen. Die christlichen Arbeiter haben wenig Ursache dazu gegeben, daß ein solches Verhalten der Behörde gerechtfertigt wäre.

Wir können uns rühmen, daß uns von hoher und höchster Stelle aus wiederholt Sympathie ausgesprochen wurde, und selbst unser Kaiser hat sich bei Gelegenheit des letzten Arbeiterkongresses für das Gelingen der christlichen Arbeiterbewegung ausgesprochen. Kleinliche Schikanen können die Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht aufhalten, im Gegenteil, sie werden sie erst recht zusammenschweißen. Den Kampf um die Gleichberechtigung müssen wir energisch weiterführen. Der Hintergrund liegt auf wirtschaftlichem, gewerblichem Gebiete. Hätte es sich bei den Vorgängen in Würselen nicht um die Gewerkschaftsbewegung gehandelt, es wäre vielleicht kein Landfriedensbruchprozeß entstanden. In Berlin sind im vorigen Jahr viel größere Volksmassen vor dem Reichstanzlerpalais zusammengeströmt, und keinem Einzigen hat man den Prozeß wegen Landfriedensbruchs gemacht. Diese ungleiche Behandlung muß verbittern.

Wir wollen die Gleichberechtigung haben zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir wollen, daß der Arbeitsvertrag gemäß der Gesetzgebung ein freier sein soll, was praktisch bisher nicht der Fall gewesen ist. Zu einem freien Vertrage gehört eine gegenseitige Abmachung, und da der einzelne zu einer solcher nicht gelangen kann, haben wir uns in Organisationen zusammengeschlossen, um das Ganze zu vertreten. Auch auf politischem Gebiete wollen wir Gleichberechtigung. Der Arbeiterstand ist lange Zeit das Schindluder aller Stände gewesen. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich dank der Anstrengungen der christlich-nationalen Bewegung das Blatt gemendet, und der Arbeiterstand kommt mehr zur politischen Geltung gegenüber. Es freut uns, daß auch im hiesigen Wahlkreis aus unseren Reihen ein Mann mit schneller Faust demnächst in den Landtag einziehen wird.

Gleichberechtigung wollen wir Johann in gesellschaftlicher Hinsicht. Wir finden es sehr komisch, wenn ein Angehöriger der anderen Stände einen Arbeiter über die Arbeit anseht! Das ist oft ein Ausdruck des Mitleids, des Hochmuts. Allgemein hat man Ursache, den Arbeiterstand hoch zu halten; denn der Arbeiterstand ist die Grundlage unseres ganzen wirtschaftlichen Systems. So

ist es notwendig hier in Würselen. Nehmen Sie hier mal die Arbeiter fort, und es bleibt nur noch eine unbewohnte Ruine. Untererseits trifft man im Arbeiterstande oftmals ein geringes Einschüßung der geistigen Arbeit an; das ist ebenso verwerflich; beide Kategorien sind auf einander angewiesen. Wir wissen, daß es im Arbeiterstande noch viel Erziehungsarbeit zu leisten gibt. Wenn der Bürgermeister von Würselen unser Verbandsorgan lesen würde, würde er eine ganz andere Meinung über unsere Bestrebungen bekommen und uns nicht mehr so fremd — um nicht zu sagen: feindlich — gegenüberstehen, wie es jetzt der Fall ist. Der Arbeiterstand hat längst gezeigt, daß er würdig ist, an den Kulturkultern Anteil zu nehmen.

Wenn die Sozialdemokratie einen solchen Aufschwung genommen hat, daß bei der letzten Reichstagswahl 3 1/2 Millionen Stimmen für sie abgegeben wurden, so ist das nicht Schuld der Arbeiter, sondern jener Leute, die die Arbeiter unterdrücken wollen. Tausende und Abertausende von Arbeitern gehen rot wählen, nicht, weil sie überzeugte Sozialdemokraten sind, sondern, weil ihnen Unrecht geschieht ist. Auch Urteile wie das im Würseler „Landfriedensbruchprozeß“ können nur zur Vermehrung der Unzufriedenheit beitragen. Wir aber wollen mit aller Energie und Talfrast weiter arbeiten, und die Ortsgruppe der Metallarbeiter in Würselen, die in ihren gerechten Bestrebungen hierseits an der Spitze steht, bürgt dafür, daß die Fahne der christlichen Arbeiterbewegung hochgehalten wird. In diesem Sinne laßt uns ein Hoch auf diejenigen Kollegen und Kolleginnen ausbringen, die heute die Freiheit wiedergewonnen haben.

Diese Ausführungen wurden wiederholt von Beifallsstundgebungen unterbrochen, und das Hoch fand in der weiten Halle mächtigen Widerhall. Nachdem der Vorsitzende dem Redner gedankt, verlas er ein vom Kollegen Schmitt aus Kattowik eingegangenes Begrüßungstelegramm, der dem Fest frohlichen Verlauf wünscht. Nachdem auch diesem ein Hoch gebracht, nahm

Kollege Schmitt aus Köln das Wort. Er sprach sein Bestremden darüber aus, daß die hiesige Polizei ihrem Verbot keine Begründung beigegeben habe. Man hätte vermuten dürfen, daß manches seit den zwei Jahren, die seit der Arbeiterbewegung in Würselen verlossen sind, auf die Polizei erzieherlich gewirkt habe; aber nichts hätten die maßgebenden Faktoren dazu gelernt und nichts vergessen. Hier betrachtet man den Arbeiter als das fünfte Rad am Wagen. Aber selbst der Staatssekretär Bethmann-Hollweg hat auf dem vorigjährigen Arbeiterkongreß als die vornehmste Aufgabe erklärt: die Einordnung unseres Arbeiterstandes in unsere Gesellschaft.

Die untere Behörde muß bestrebt sein, sich wenigstens in das Wollen der christlichen Gewerkschaften hineinzuwenden. Das gesunde Volksempfinden sträubt sich gegen jede unpolitische Behauptung in Arbeiterfragen und Gewerkschaftsentscheidungen, wie hier und in Grimmitzschau, haben ein Kopfschütteln in der Arbeiterschaft erzeugt. Es ist notwendig, daß wir Aufklärung in jene Kreise bringen, die fortwährend gegen unsere Gewerkschaftsbewegung Stellung nehmen, und daß wir auf die Gesetzgebung zu unseren Gunsten einzuwirken suchen. Die auswärtigen Arbeiter darf man scharfweise als Vohndrücker, als Streikbrecher in unser Land hereinziehen, und uns herbeistat man, zu ihnen in Sprachen zu reden, die sie verstehen. Es ist notwendig, daß wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, wozu wir christlichen Arbeiter die christlichen Organisationen geschaffen haben. Wir wollen keine Bevormundung von irgend einer Seite, wir verlangen Objektivität unserer Bewegung gegenüber.

Wir müssen aber auch Opfer bringen für unsere Bewegung. Man glaubt, wenn man seinen Beitrag für die Gewerkschaft abgeführt, munders was getan zu haben; aber das allein genügt nicht, wir müssen uns an Versammlungsgeldern beteiligen. Gegenüber den Opfern, die unsere Kameraden gebracht, denen die heutige Versammlung gilt, sind wir die reinen Weisensknaben. Die hervorragende Lehre, die wir aus der heutigen Veranstaltung ziehen sollen, ist die, daß wir uns jederzeit zur Verfügung stellen müssen, wenn es heißt, für die Organisation zu arbeiten. Geloben wir am heutigen Abend, in der uns vorgeschriebenen Weise stets vorwärts zu streben, dauernd für unseren Stand einzutreten und keinerlei Mittel zu scheuen, um unsere Organisation vorwärts zu bringen. Dann wird auch die Zeit kommen, wo wir mit Stolz auf unsere Erfolge zurückblicken können und wo unsere deutsche Arbeiterschaft enggiltig als gleichberechtigtes Glied der menschlichen Gesellschaft anerkannt wird.

Wesentliches Beifall bekundete auch das Einverständnis mit den Ausführungen dieses Redners. Nach kurzen Dankworten seitens des Vorsitzenden an den Referenten wies Kollege Wolff nochmals auf das Verbot des Singens am heutigen Abend hin und bat die Anwesenden, von dem eigens für die Versammlung gedruckten Liedern gelegentlich möglichst ausgiebigen Gebrauch zu machen. Den Text der beiden Lieder brachte Herr Wolff zur Verlesung; er fand allgemeinen Beifall.

Kollege Schaffrath, einer der 13 Verantwortlichen, ergriff Johann, mit lebhaftem Applaus begrüßt, das Wort im Namen aller zum Danke für die Unterstüzung während der Gefangenzeit. Man hat an gewisser Stelle geglaubt, daß wir nunmehr mit herabhängenden Flügeln heimgekehrt seien, um uns als Schmeichler und willige Werkzeuge benutzen zu können in der Hoffnung, daß dadurch auch andere Arbeiter eingeschüchert würden. Darin hat man sich bitter getäuscht. Dadurch, daß man uns eingeschperrt hat, sind wir noch nicht überzeugt von der Notwendigkeit einer sog. deutsch-nationalen (gelben) Arbeiterbewegung, wir sind vielmehr der christlich-nationalen Arbeiterbewegung desto treuer ergeben. Für diese müssen heute noch Opfer gebracht werden, damit die Rechte, die uns zukommen, uns gewährt werden. Dies kann um so besser geschehen, wenn wir Mann für Mann in die christlichen Gewerkschaften eintreten; lassen wir den heutigen Abend hierzu nicht vorübergehen. — Ein Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß die warm empfundenen Worte.

Gewerkschaftssekretär Marsch (Bergarbeiter) aus Bergzogenrath hieß die entlassenen Gefangenen im Namen von 4000 Gewerkschaftlern seines Bezirkes herzlich willkommen. Er gab ihnen die Versicherung, daß sie in ihrer Person nicht gekümmert seien und sich ihrer Strafe nicht zu schämen brauchten. Der Grund zu der Bestrafung sei garnicht in einem Vergleich zu ziehen mit anderen unglücklichen



Vorgängen in unserm Vaterland... die Frage, weshalb das Verbot...

Gewerkschaftssekretär Weber (Bezirkskartellbeamter) beglückwünscht die Vereinten im Namen der anwesenden Gewerkschaftsbeamten des Aachener Bezirks...

Im Namen des kath. Arbeitervereins von Würfelten herzlich willkommen, Herr Schafrath, die Entlassenen Mitglieder des kath. Arbeitervereins...

In seinem Schlusswort dankte der Vorsitzende den Rednern für ihre begeisterten Ausführungen. Er teilte sodann mit, daß er inzwischen dem Kollegen Schlimmer in Rattowitz im Namen der Versammlung telegraphischen Gegenruf gesandt habe...

Es war schon Mitternacht vorüber, als die ohne jeden Mißton verlaufene, hebenwürdige Versammlung geschlossen wurde. Damit ist hoffentlich der letzte Akt des Würfelener Landstriebsbruchs abgemacht...

Aus Lothringen. Der Artikel in Nr. 15 über „Agitationsmethoden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Lothringen“ muß den Genossen arg auf die Nerven geschlagen sein...

Da nun der ganze Artikel nichts wie plumpe Unwahrheiten enthält, sandte Kollege Engel der „Metallarbeiter-Zeitung“ folgende Verwahrung auf Grund des Pressegesetzes zu:

- 1. Es ist unvahr, daß der christlich organisierte Sozialist mit dem viamen... 2. Es ist unvahr, daß ich den Hüttenarbeiter... 3. Wahr ist, daß der Hüttenarbeiter... 4. Wahr ist, daß ich p. Heuß sofort mitteilte, daß es nicht ein und derselbe Verband sei... 5. Wahr ist, daß p. Heuß die zwei Monate, die er im Deutschen Metallarbeiterverband war, nicht angerechnet wurden...

Der Hüttenarbeiter Heuß soll Kollege Engel betrocken haben mit Genossen Forster, da er in der Meinung gewesen wäre, die Versammlung wäre vom soziald. Metallarbeiterverband einberufen. Nein, verehrte „Metallarbeiter-Zeitung“, dieses glaubt hier kein Kind...

Aachen. Das schmähliche Plakato der paar abgesprungenen Quertreiber, an deren Spitze der in der christlichen Arbeiterbewegung nicht auf seine Rechnung gekommene Herzogenrath steht...

„daß die organisierten Arbeiter ganz außer acht gelassen haben, welche einen Vertrag die Arbeiterschaft geschlossen hat, indem sie sich den heutigen diktorischen und lidenhaften Statuten unterwirft, welche in den bisherigen deutschen Berufsverbänden bestehen, gleich welcher Richtung und Gesinnung sie auch sein mögen.“

Wörtlich so der „geniale“ Flugblattschreiber des Dreizehn-Männer-Verbandes. Das ist doch mehr wie undankbar gegen den Geburtsheifer Genossen Honrath und auch gegen die Hirsch-Dunderjüden Geburtsheifer...

Doch p. Herzogenrath hat anstelle der „diktorischen und lidenhaften Statuten“ der bisherigen deutschen Berufsverbände natürlich etwas ganz anderes, viel Vollkommeneres zu setzen. Und zwar folgendes, wörtlich am Schluß des „geistreichen“ Blättchens stehend:

„Damit der Ophertwilligkeit unserer Mitglieder kein Erwerbslosen-, Maßregel- und Streikunterstützung in all-gewohnter Höhe (? D. Med.) gewährt werden.“

Als Hauptaufgabe erachtet der Verband die Herbeiführung günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen.“ Ob Honrath, Gleichauf und die übrigen neuen Freunde des p. Herzogenrath durch dieses demokratische, vollkommene Programm ihres Schützlings nicht geradezu bestämt sein werden?

Herzogenrath reflektiert auf alle Arbeiter, von den paar aus unserm Verband Abgethrungenen hat er nur

\*) Vor Redaktionsluß wird uns noch ein zweites, von dem Quertreiberklub herausgegebenes Flugblatt zugesandt, das einen haarsträubenden, konfusien, im schrecklichsten Deutsch gehaltenen Bandwurm zum besten gibt...

wach ein Paar; Was werden sich mit der bisher unorganisierten Arbeiter unter dem Vorworte denken: „Unterstützung in bisheriger Höhe“. Sie werden die Wagner aus-laden, wie sie es auch nicht besser verdienen. Doch Späß berette, Herzogenrath hat in einem Punkte innere Einkler bei sich selbst gehalten und das auch im Flugblatt öffentlich zu bekennen gewagt...

„Es kommt wahrlich heute nicht selten vor, daß Mitglieder, welche sich bemühen, ein Mitbestimmungsrecht der Mitglieder innerhalb der Verbände herbeizuführen, unbeschadet, ob dieselben langjährige Mitglieder sind, kurzerhand ausgeschlossen wurden und so ihre einzog-zahlten sauer verdienten Groschen verlierten.“ Herzogenrath hat allerdings vergessen, dieser Selbst-anlage den guten Vorsatz zur Besserung anzufügen...

Die ganze Quertreiberlei des p. Herzogenrath und der paar von ihm verhehten Mitläufer gegen unsern christlichen Metallarbeiterverband in Aachen hat ganz schmählich Plakato gemacht. Das ehrt den gesunden Sinn der christlichen Metallarbeiter Aachens. Alle eheiligen und gut meinenden Kollegen werden nunmehr mit verdoppelter Energie in der Agitation tätig sein, um unsern Verband immer weiter nach außen und innerlich fester aufzubauen...

Düsseldorf. Wie wir bereits in Nr. 20 unseres Organes mitteilten, hat die Privat-Beleidigungsklage unseres Beamten Peter Broich gegen den Redakteur Scherm von der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ damit geendet, daß letzterer zu 30 Mark Geldstrafe und in die nicht unbedeutenden Kosten verurteilt wurde.

In der soziald. „Metallarbeiter-Ztg.“ vom 20. Nov. 1907 wurde unter Düsseldorf ein Artikel veröffentlicht, der im wahren Sinne des Wortes strotzte von Beleidigungen gegen Broich. Genannte Zeitung ist nunmehr durch Gerichtsurteil gezwungen, folgendes zu veröffentlichen:

„Der Redakteur Johann Scherm in Stuttgart ist durch Urteil des Schöffengerichts in Düsseldorf vom 7. März 1908 wegen Beleidigung des Gewerkschaftsbeamten Peter Broich zu Düsseldorf zu einer Geldstrafe verurteilt worden.“

Gegen dieses Urteil legte, wie schon mitgeteilt, seiner Zeit der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ Berufung ein. In der Strafkammerung vom 6. Mai wurde jedoch die Berufung verworfen und das Urteil des ersten Richters bestätigt. In der uns nunmehr zugegangenen Urteilsbegründung heißt es u. a.:

„Die erneute Hauptverhandlung hat ergeben, daß die Darstellung der Vorgänge in dem inkriminierten Artikel der vom Angeklagten redigierten Metallarbeiter-Zeitung vom 30. November 1907: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, den Tatsachen nicht entspricht. ... Durch das, auf die eidlichen Aussagen der Zeugen Hermes, Jäger und Teuniszen (Jäger ist Beamter des sog. Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf, Teuniszen sog. Vertrauensperson in Rath. Der Einsender.) beruhende Ergebnis der Beweisaufnahme erscheinen die Vorwürfe, die in dem inkriminierten Artikel gegen den Privatkläger erhoben werden, ... durchaus unbegründet. ... Der erste Richter hat deswegen mit Recht den Angeklagten bestraft. Wegen der Schwere der Beleidigung erachtet die Strafe als nicht zu hoch bemessen. Es erschien angezeigt, die Publikationsbefugnis ... dem Privatkläger ohne weiteres zuzusprechen.“

Außerdem heißt es in der Urteilsbegründung ausdrücklich, daß Broich in der Sachlichen Angelegenheit, berechtigen die Beleidigungen gemacht wurden, nach den eidlichen Aussagen der Zeugen, ganz korrekt gehandelt habe. Man bedenke, daß neben einem Zeugen des christlichen Metallarbeiterverbandes gegnerischerseits zwei vernommenen wurden, darunter der „Hauptzeuge“ Heinrich Jäger.

Es ist eine sonderbare Wendung des Geschicks, wenn man in Betracht zieht, daß Herr Jäger noch einige Tage vor der Hauptverhandlung den Redakteur Bergmann vom christlichen Metallarbeiterverband zu der Verhandlung einlud mit der höchsten Demütigung, nicht Scherm, sondern Broich sei der eigentliche Angeklagte und Verurteilte. Nun, es hat sich ja gezeigt. Recht bleibt Recht. Die christlichen Metallarbeiter aber mögen hieraus ersehen, daß ihr Plakato in einem Verbanne sein kann, wo man mit der Wahrheit so auf Kriegsfuß steht, wie im freien Verband. Auch viele rechtlich und ehrlich denkende Mitglieder des soziald. Metallarbeiterverbandes haben das in jüngster Zeit eingesehen und sind aus diesem Verbanne ausgetreten. Eine ganze Anzahl dieser Kollegen haben sich dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen, Denkende Arbeiter zieht Guts Schlüsse!

Magburg. In einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung am 30. Mai sprach Kollege Weisermeister-München über das Thema: „Die gegenwärtigen Strömungen im Wirtschaftsleben, und welche Lehren ziehen die Metallarbeiter daraus?“ in eingehender und feiselnder Weise. Redner führte die Kämpfe in der Mitte des vorigen Jahrhunderts den Anwesenden vor Augen, bis eine Freiheit dem Kapitalismus brachte, aber nicht dem Arbeiterstand, der schuldlos der Ausbeutung preisgegeben war. Die hieraus entstandenen „Mißstände“ veranlaßten die Gesetzgebung schließlich, die Koalitionsfreiheit den Arbeitern zu gewähren. Das neue Vereinsgesetz werde besonders in Norddeutschland zu scharfen Kämpfen führen. Man habe es in der Metallindustrie mit einer fast organisierten Arbeitgeber-schaft zu tun. Redner erinnerte an die Maßregelungen

Der Scharfmeier, an die Auffassungen Tilles über den...

Nedner erwählt ferner die Formbewegung bei Mo...

Reicher Beifall lohnte den Nedner. In der darauf...

Aus dem Fenchale (Lothringen). Donnerstag, den 4. Juni...

In sämtlichen Versammlungen waren auch die Beamten...

Besonders scharf wurden die hier bestehenden Wohl...

In der nun folgenden Diskussion meldete sich der...

Kollege Engel fragte dann den Genossen, wie das mit...

Nun meldete sich der Meister Brinkmann und fragte an...

Noch einmal meldete sich Genosse Elke und bemerkte...

nehmen wollte, damit Karins bezeugen solle, daß er So...

Kollege Wernerus forderte in einem zündenden Schluß...

Kollegen, schreiten wir auf der Bahn so weiter, zeigen...

Soziale Rechtsprechung.

Wohlfahrtseinrichtung oder Zwangsanstalt?

Das Gewerbegericht Augsburg hatte sich in seiner...

Der Dreher Karl Großmann klagte gegen die Maschinen- und...

Die Firma verweigerte die Rückzahlung der Beiträge...

In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem:

Es ist festgestellt und vom Beklagten zugegeben, daß...

Der Vorsitzende gab dem Vertreter der klagten Firma...

Briefkasten der Verbandsleitung.

In verschiedene Anfragen betreffs Generalversammlung...

lauben, neben 50 Delegierten noch 20 bis 25 Beamt...

Briefkasten der Redaktion.

Kollege Schmid, Freiburg. Ein Brief an Dich kam als unbestellbar zurück...

Sterbetafel.



Wasserfingen. Am 31. Mai starb unser Kollege Johann...

Ehre seinem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster...
Nachen-Wurtscheid. Samstag den 20. Juni abends 8 1/2...
Bromberg. Nächste Mitgliederversammlung Sonntag, den 28. Juni...